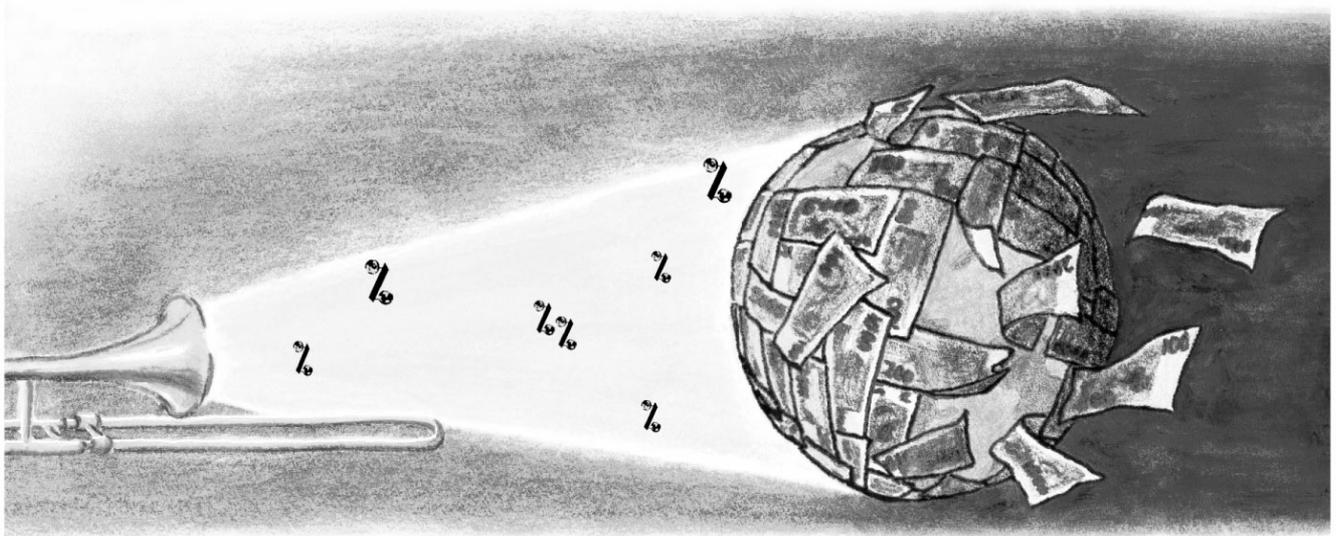


Gegenstimmen — attac  lädt ein

Abschied vom Wachstum?

Auf der Suche nach einer zukunftsfähigen Wirtschaft

Materialien zu der Veranstaltung mit
Elmar Altvater
Thilo Bode
Dierk Hirschel
13. Februar 2004, Grips Theater



Eine Veranstaltungsreihe in Zusammenarbeit mit dem GRIPS Theater





Inhalt

Elmar Altvater <i>Jenseits des Wachstums und „Good bye Kapitalismus“ oder die Wachstumskrise als Jungbrunnen</i>	3
Thilo Bode <i>Die Zukunft des Wachstums</i>	9
Matthias Kracht und Johannes Schweda <i>Konzepte zur Messung und Bewertung des Naturverbrauchs (Auszüge)</i>	16
Fabian Scheidler <i>Die Wachstumsdoktrin</i>	19
Urs Müller-Plantenberg <i>Wirtschaftswachstum als Problem</i>	22

Kontakte, Internetadressen

- Attac Deutschland, Debattenseite zum Thema : www.attac.de/debatte/wachstum.php
- Jo'burg Memo: www.joburgmemo.org
- David Dollar "Growth is good for the poor": www.worldbank.org/research
- Martin Parry et.al.: *Millions at risk* : www.jei.uea.ac.uk
- International Forum on Globalization *Alternatives to Economic Globalization*: www.ifg.org
- Französische Ökologieseiten: www.decroissance.org (franz.)
- www.apres-developpement.org (franz.)

Literaturhinweise

- Afheldt, Horst; "Wohlstand für niemand?", München, Kunstmann Verlag 1996
- Ankele, Kathrin/ Meyerhoff, Jürgen: Ökonomisch-ökologische Bewertung. In: Ökologisches Wirtschaften (Berlin), Nr. 3/4 1997, Juli 1997, S. 8-11
- BUND, MISEREOR: Zukunftsfähiges Deutschland, Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung; Studie des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie; Basel, Boston, Berlin, 1996
- Daly, Herman E. : Beyond growth <dt.> Wirtschaft jenseits von Wachstum : die Volkswirtschaftslehre nachhaltiger Entwicklung / Herman E. Daly. Salzburg ; München : Pustet, 1999
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Diskussionspapier Nr. 168: "Zukunftsgestaltung ohne Wirtschaftswachstum?" Ergebnisse eines Workshops des DIW im Auftrag von Greenpeace Deutschland, 1998
- Die Grenzen des Wachstums von Dennis L. Meadows, Donella H. Meadows, Erich Zahn; Deutsche Verlags-Anstalt DVA 2000; ursprünglich <dt.> 1973
- Die neuen Grenzen des Wachstums von Donella H. Meadows, Dennis L. Meadows, Joergen Randers Rowohlt Verlag Reinbek bei Hamburg, 1993
- Muradian, Roland and Martinez-Alier, Joan: "Globalization and Poverty: An Ecological Perspective" (Heinrich Böll Foundation, World Summit Papers No. 7)
- Politische Ökologie Sonderheft 11 (Januar 1998): "Wege aus der Wachstumsfalle"
- Politische Ökologie Heft 66 (August 2000): "Jenseits des Wachstums"
- Stratmann-Mertens, Eckhard; "Abschied vom Wachstum", Frankfurter Rundschau Dokumentation, 17.10.2003; download unter www.attac.de/debatte/wachstum.php
- van Dieren, Wouter (Hrsg.): Mit der Natur rechnen, Der neue Club of Rome Bericht, Basel, Boston, Berlin, 1995

Jenseits des Wachstums und „Good bye Kapitalismus“ oder die Wachstums- krise als Jungbrunnen

Von Elmar Altvater

Bis zum Ende des XVIII Jahrhunderts betrug das langfristige Wirtschaftswachstum ca. 0,2% im Jahr und dies war "a good result" (Crafts 2000: 13). Selbst während der ersten industriellen Revolution in dem halben Jahrhundert von 1780 bis 1830 erreichte Grossbritannien ein reales Wirtschaftswachstum pro Kopf von nicht mehr als 0,4% pro Jahr. Doch seit der industriellen Revolution wachsen die nationalen Ökonomien und heute die Weltwirtschaft mit hohem Tempo. Insbesondere seit der zweiten Hälfte des XIX Jahrhunderts sind die Wachstumsraten pro Kopf beträchtlich angestiegen, so dass sich der Lebensstandard der Menschen in den Industrieländern ausserordentlich verbesserte. Das nachfolgende Schaubild, das auf Daten von Angus Maddison (2000) beruht, zeigt dies sehr deutlich. Und das Schaubild zeigt auch: So lange das Wachstum nahe Null lag, war die Gleichheit in der Welt, jedenfalls hinsichtlich des monetär messbaren Reichtums groß. Erst mit dem Wachstum wuchs auch die Ungleichheit in der Welt.

Vor Heraufkunft des Industriesystems basierte das Wachstum wesentlich auf der Zunahme der Bevölkerung, seit der industriellen Revolution jedoch im wesentlichen auf der Entwicklung der Produktivkräfte und daher auf dem Wachstum der Arbeitsproduktivität. Die Steigerung der Arbeitsproduktivität wird nun zur Botschaft des Fortschritts, den die modernen kapitalistischen Gesellschaften für sich in Anspruch nehmen. Produktivitätssteigerung bedeutet Beschleunigung, nämlich die Produktion einer bestimmten Menge von Gütern und Diensten in geringeren Zeitabschnitten. Damit wird es zugleich möglich, die Wirtschaft in alle Sphären der Welt räumlich auszudehnen. Die mit der industriellen Revolution beginnende "Kompression von Raum und Zeit" hat jenen weltweiten kapitalistischen Markt hervorgebracht, den wir heute als "Globalisierung" bezeichnen. Die Kompression von Zeit und Raum wird möglich, weil sich in dem Jahrhundert der Aufklärung drei Prozesse verschränken: (1) Die Gesellschaften reorganisieren sich als kapitalistische Klassengesellschaften und werden nun von der Dynamik des Profitprinzips angetrieben. Dieses ist die ökonomische Form eines durchgängigen Rationalprinzips der effizienten Mittelverwendung für gesetzte Ziele, das (2) verantwortlich ist für die technische Umsetzung dieser Rationalität zum Zwecke der Naturbeherrschung. Die Techniken sind dem gesellschaftlichen Rationalprinzip homolog.

Es kommt aber (3) hinzu, dass die Mittel der Beschleunigung und Expansion nicht mehr von „langsamen“ und ortsgebundenen biotischen, sondern von fossilen Energieträgern angetrieben werden. Die industrielle Revolution ist daher zugleich eine fossilistische Revolution. Nun werden nicht mehr in erster Linie die Energieflüsse der Sonne genutzt, sondern die Energiebestände, die sich über Jahrmillionen in der Erdkruste gebildet haben. Dabei handelt es sich auch um Sonnenenergie, aber um gespeicherte Sonnenenergie. Die Entnahmeraten sind ungleich höher als die Raten der Neubildung von fossilen Energien.

Die Beschleunigung in der Zeit und die Expansion im Raum ist freilich ein extrem ungleicher Prozess. Trotz hohen Wachstums in allen Weltregionen ist das Sozialprodukt pro Kopf im Jahre 1990 in 20% der nicht-amerikanischen Welt niedriger als 1950. Wachstum ist also keineswegs ein Synonym für Fortschritt, für mehr Gleichheit und Gerechtigkeit in der Welt. Dennoch kann der Schluss gezogen werden, dass in der zweiten Hälfte des XX Jahrhunderts "growth triumphant" (Easterlin 1998) gewesen ist. Aber ist daraus auch die Schlussfolgerung zu ziehen, dass in der Zukunft "to which the epoch of modern economic growth is leading is one of neverending economic growths a world in which ever growing abundance is matched by everrising aspirations..." (Easterlin 1998, 135). Diese Vorstellung folgt den Ideen der Futurologen wie Hermann Kahn aus den 60er Jahren, die ebenfalls ewiges Wachstum vorausgesagt hatten. Freilich ist eine Annahme, dass der physische Input endlos ausge-

dehnt werden könnte, um einen ewigwachsenden Output hervorzubringen, "ökologischer Unsinn", denn nichts in der physischen Welt wird endlos wachsen können (McMichael). Easterlins Wachstumsenthusiasmus ist keineswegs eine absurde und daher marginale Vorstellung weder in der Wirtschaftsgeschichte noch in der Wirtschaftstheorie. Denn sie liegt auf der Linie jener eurozentrischen Logik quantitativen Zuwachses, die für die globale Ausdehnung dieser europäischen, okzidental-rationalen Weltbeherrschung (Max Weber) verantwortlich ist. Dies bringt uns aber zu einer wichtigen Unterscheidung: in einer kapitalistischen Gesellschaft geht es nicht nur um Wachstum schlechthin, sondern um effizientes Wachstum, das zielgerichtet ist. Dieses Ziel lautet: Profitabilität. Umgekehrt ist die Profitabilität Motor der Akkumulation von Kapital und daher des Wachstums des Sozialprodukts. Diese Präzisierung wirft freilich schwierige theoretische und methodische Fragen auf, insbesondere in Zeiten der Globalisierung. Kapital ist ein höchst mobiler Produktionsfaktor und daher werden nicht nur Profitraten, sondern Zinsen verglichen. Dies hat zur Folge, dass nicht nur die Profitabilität Investitionsentscheidungen und daher die Rate des Wachstums beeinflusst, sondern die globalen Zinssätze auf Finanzanlagen.

Wachstum, so die weitverbreitete Auffassung von Sozialwissenschaftlern und Politikern, erhöht die Beschäftigung, ermöglicht höhere Einkommen und Steuereinnahmen, daher die leichtere Bewältigung und Beilegung sozialer Konflikte, aber auch höhere Entwicklungshilfe oder die Verwirklichung von Umweltstandards. Stetiges Wachstum war der Hintergrund des 30-jährigen korporativen keynesianischen Klassenkompromisses der Nachkriegsentwicklung, aber auch ein Viertel Jahrhundert nach dem Ende des keynesianischen Paradigmas wird Wachstum als Lösung aller Weltprobleme angesehen. Ohne Investitionen gibt es kein Wachstum und ohne Wachstum gibt es keine nachhaltige Wirtschaftspolitik (Naim 2000). Ungleichheit wird in Kauf genommen, weil nur so Investitionen rentabel werden. Die Sozialdemokratie definiert gar Ungleichheit wegen der positiven Wirkungen auf die Gewinne, daher auf die Investitionen, daher auf das Wachstum als gerecht. Höheres Wachstum erweitert den Raum der Gerechtigkeit, weil auch die Ärmern daran teilhaben können. Auch die Umwelt, so manche Ökologen, gewinnt durch Wachstum, da die "dirty pollution" zurückgeht, auch wenn "clean lifestyle pollution" zunehmen mag. Dies scheint besonders dann der Fall zu sein, wenn nicht die reale "schwere" Wirtschaft wächst, sondern die virtuelle "leichte" Wirtschaft der Finanzen, der Dienstleistungen und der Bits und Bytes.

Freilich stösst das hohe Wachstum seit Beginn der Industrialisierung an ökonomische Grenzen. Wachstum ist zunächst das Resultat eines realen Prozesses von Energie- und Stofftransformation, und dabei steigt, wie die thermodynamische Ökonomie (Georgescu/Rögen 1971) zeigt, die Entropie unweigerlich an. In der ökonomischen Theorie wird dieser Zusammenhang von Ordnung und Unordnung, von Reichtumsproduktion durch Steigerung der Menge der Gebrauchswerte und die parallele Steigerung von schädlichen Emissionen in die Sphäre der Erde allenfalls unter der Rubrik „externe Effekte“ und „soziale Kosten“ verbucht und daher aus dem Zusammenhang der sozialen Organisation thermodynamischer Prozesse gelöst. Gleichzeitig ist also Wachstum ein sozialer Prozess, der durch Geld und Kapital, also Profitrate und Zinsen, gesteuert wird. Sollen die Zinsen aus dem ökonomischen Zuwachs finanziert werden, muss das Wachstum einer geometrischen Reihe folgen. Dies ist aber gar nicht möglich aus den schon erwähnten thermodynamischen Gründen. Daher müsste die Zinsrate mit den realen ökonomischen Wachstumsraten sinken. Dies geschieht freilich nicht, so dass eine immer grössere Spannung zwischen realen, ökonomischen Wachstumsraten und Zinsen errichtet wird, die sich in den periodischen Schulden- und Finanzkrisen der vergangenen Jahrzehnte entlädt. In den Krisen werden die Wachstumsgewinne nachgerade verbrannt. Dies ist in Asien während und nach der Finanzkrise von 1997 geschehen. Auch Mexiko, Brasilien, Argentinien, Russland, die tschechische Republik, die Türkei und andere Länder haben im vergangenen Jahrzehnt diese Erfahrung machen müssen.



Menschengeschichte Grundlage aller Produktionsweisen gewesen ist. Erst mit dem industriellen Kapitalismus werden die in Hunderten von Millionen Jahren angelegten „Treibstofflager“ (Kohle, Erdöl, Erdgas) geplündert, um mit einem Energieschub ohnegleichen ein bis dato niemals bekanntes Wachstum des materiellen Wohlstands zu erreichen. Der moderne Kapitalismus verwandelt sich nicht nur in eine fordistische sondern auch in eine fossilistische Produktionsweise. Dies wird in sozialwissenschaftlichen Rasonnement über den Fordismus allerdings zumeist vergessen.

Jedoch wird nun auch deutlich, dass der westliche Lebensstandard nicht in aller Welt etabliert werden kann. Wegen der seit den 70er Jahren intensiv diskutierten ökologischen Grenzen des Wachstums erweist sich das Güterbündel des American bzw. Western way of life als ein oligarchisches Gut, das einigen Völkern, aber nicht allen Menschen auf Erden zur Verfügung steht. Obwohl die Grundlage des Wachstumsmodells, nämlich die Steigerung der Produktivität die Globalisierung forcieren, ist es ausgeschlossen, dass die sozialen und kulturellen Dimensionen dieses Modells globalisiert werden. Dies könnte mit Garret Hardin als eine Tragödie interpretiert werden. Auf jeden Fall stellt sich nun die Frage nach der Verteilung oligarchischer Güter. Man könnte die Verteilung gleich gestalten, also demokratisieren. Freilich wäre dies nur bei Abkehr vom westlichen Modell des Wachstums möglich. Man könnte aber auch die Ungleichheit in Kauf nehmen, um für privilegierte Nationen oder für die Privilegierten in jeder Nation den westlichen Lebensstandard zu gewährleisten. Dass andere Nationen und in allen Nationen große Zahlen von Menschen arm bleiben, ergibt sich schon aus der Funktionsweise globaler Finanzmärkte, die die Schuldner bestrafen. Allerdings wird es immer deutlicher, dass letztlich ökonomische Mechanismen der Aufrechterhaltung der Ungleichheit nicht ausreichen und dass sie daher politisch und militärisch ergänzt werden müssen. Die reichen Nationen sind dabei, sich auf diesen Sachverhalt mit den neuen Militärstrategien und Konzepten von Sicherheit vorzubereiten. Der „Kampf gegen den Terrorismus“ kann auch als Strategie der Eindämmung derjenigen interpretiert werden, die in einer mehr und mehr fragmentierten Welt die Benachteiligten sind.

Finanzielle Grenzen des Wachstums kommen hinzu. Seit Ende der 70er Jahre liegen die Realzinsen oberhalb der realen Wachstumsraten. Während im "Goldenen Zeitalter" des Fordismus die Zinsen niedriger als die Wachstumsrate waren und es daher für Unternehmer als Schuldner günstig war, Kredite aufzunehmen, da deren Kosten leicht aus der Rentabilität der Investitionen bestritten werden konnten, hat sich die Situation nach dem strukturellen Einbruch Mitte der 70er Jahre pervertiert. Die OECD nennt drei Gründe für die hohen Realzinsen, nämlich wachsende Defizite in den Staatshaushalten, höhere inflationäre Risiken und daher ein wachsender Risikoanteil in der Zinsrate und drittens die Globalisierung der Finanzmärkte, so dass nicht öffentliche Interventionen der Geldpolitik, sondern Marktmechanismen die Funktion der Kreditallokation und der Bildung der Wechselkurse übernommen haben. Das ist nichts anderes als die Privatisierung eines öffentlichen Gutes, der Bildung von Preisen (Zinsen und Kurse), die für die ökonomisch-soziale Entwicklung in einer kapitalistischen Weltwirtschaft von entscheidender Bedeutung sind. Hinzu kommt aber auch die Krise der Hegemonie der USA, die sich nach der Niederlage in Vietnam als Verfall des US\$ ausdrückte. Demm versuchten Zentralbank und Regierung seit 1979 mit hohen Zinssätzen entgegen zu wirken. Hohe Zinsen attrahieren Kapital auf globalen Finanzmärkten und dadurch wird der Dollarkurs gestärkt. Aber die hohen Zinsen haben alle, öffentliche wie private Schuldner, zu zahlen. Wenn die Zinsen nicht mehr aus der Rendite der Projekte oder infolge des Wachstums des Sozialprodukts aufgebracht werden können, brechen Schuldner zusammen. Dies geschah in den 80er Jahren während der Schuldenkrise, die die gesamte Dritte Welt getroffen hat und dann in den 90er Jahren erneut Mexiko, dann asiatische Länder, Russland, Brasilien oder Argentinien. Es ist sicher, dass auch in Zukunft Finanzkrisen ausbrechen werden. Denn die von den internationalen Institutionen und speziellen Foren und Gremien empfohlenen Maßnahmen verbesserter Aufsicht und Kontrolle reichen nicht aus. Sie verändern ja die grundsätzliche

Konstellation von Realzinsen oberhalb der realen Wachstumsraten, die für die periodisch ausbrechenden Finanzkrisen verantwortlich ist, nicht.

Diese Konstellation ist nicht gut für Schuldner, aber ausgezeichnet für Gläubiger. Folglich versuchen alle auf die Gläubigerseite zu wechseln und mit Finanzanlagen das "schnelle Geld" zu verdienen. Getrieben von diesem Mechanismus hat sich in den reichen Ländern eine Kultur der finanziellen Spekulation herausgebildet, in der produktive Tätigkeit mit längerfristiger Perspektive nichts gilt, in der Sekundenhandel und day trading, also die kurzfristige, an realen Entwicklungen nicht mehr interessierte Spekulation obsiegt. Dies war besonders krass während des Booms der „New Economy“, die ja im Jahr 2000 wie eine Seifenblase geplatzt ist. Doch wenige Jahre später kommt dies nicht mehr zu Bewusstsein; \square von den Akteuren auf Finanzmärkten wird ein Kurzzeit-Gedächtnis verlangt und gleichzeitig, dass sie sich weder um Vergangenheit noch Zukunft jenseits der Laufzeit ihrer finanziellen Engagements scheren.

Man könnte zynisch reagieren und schlussfolgern, dass die Zeit "jenseits des Wachstums" bereits erreicht sei, weil Produktivitätszuwächse und Realzinsen oberhalb der realen Wachstumsrate des Sozialprodukts liegen. Die Konsequenzen dieser Konstellation freilich sind mehr als unangenehm. Das hohe Produktivitätswachstum, getrieben durch die Notwendigkeit auf umkämpften Weltmärkten wettbewerbsfähig zu sein und zu bleiben, führen zur Freisetzung und daher zur Verfestigung der Massenarbeitslosigkeit in nahezu allen Ländern. Dass die miserable Beschäftigungssituation in der Welt – die ILO gibt die Zahl von 750 Millionen nicht, kurzzeitig oder prekär Beschäftigten an – nicht zu härteren sozialen Konflikten geführt hat, hat mit den "Exit-Optionen" in prekäre Jobs oder in den informellen Sektor zu tun. Dieser ist eine Art „Schockabsorber“ der Globalisierungsfolgen (vgl. Altvater/ Mahnkopf, Globalisierung der Unsicherheit, Münster 2002).

Die hohen Realzinsen ihrerseits verschärfen die Ungleichheit in der Welt, die Geldvermögen der Gläubiger wachsen mit dem Schuldendienst, und wenn der Schuldendienst grösser als die Zuwachsraten des Sozialprodukts ist, mindert er entsprechend die Vermögenssubstanz von Schuldnern, bis sie zum Schuldendienst nicht mehr in der Lage sind. Dann bricht die Schulden-, Finanz-, Währungs- und Bankenkrise aus – mit desaströsen Wirkungen auf die „reale“ Ökonomie und die Gesellschaft. Die Institutionen der Weltwirtschaft haben bislang den Zusammenbruch von Schuldnern mit hohen Kreditspritzen verhindert, nicht um Schuldnerländern oder Grossschuldnern unter die Arme zu greifen, sondern um zu verhindern, dass die Gläubiger hohe Abschreibungen und Verluste hinnehmen müssen, die, wenn sie denn zu gross werden, ein "Systemrisiko" darstellen. Aber die Frage bleibt auf der Tagesordnung, wieviel Arbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigung und wieviel extreme Ungleichheit die Weltgesellschaft verträgt, obwohl oder weil "growth triumphant" ist.

Für die Wirtschaftspolitik "jenseits des Wachstums" ergibt sich ein "Trilemma". Eine Lösung aller Probleme könnte durch die Erhöhung der realen Wachstumsrate des Sozialprodukts erreicht werden, doch gibt es die bereits diskutierten ökonomischen, finanziellen und vor allem ökologischen Grenzen. Auch wenn die Steigerung des Wachstums zum erstrangigen wirtschaftspolitischen Ziel deklariert wird, darf niemand so naiv sein, die Realisierbarkeit dieses Ziels über eine längere Periode hinweg zu unterstellen. Die Erklärungen aus den internationalen Institutionen, von Weltbank und IWF, von OECD oder EU, Wachstum müsse angeregt werden, ist eher das Pfeifen im Walde – freilich durchaus weitreichenden Effekten. Denn damit Wachstum gesteigert werden kann, verlangen die Institutionen, angefeuert durch die herrschende Lehre der neoliberal-neoklassischen, „autistischen“ Ökonomie, Kostensenkungen, Strukturreformen etc.. Diese Reformen laufen alle auf eine Umverteilung \square zu Gunsten der „Investoren“ und zu Lasten der Lohnabhängigen und vor allem derjenigen hinaus, die einen formellen Arbeitsplatz verloren haben.

Eine Lösung des Problems könnte auch die Reduktion der Zinsen unterhalb der realen Wachstumsrate sein. Es ist offensichtlich, dass dieses Ziel nur durch koordinierte, internationale Politik erreicht werden könnte. Das Ziel kann nur erreicht werden, wenn die globalen Finanzmärkte neu reguliert werden. Man kann die Bildung der zentralen Preise einer globalisierten kapitalistischen Ökonomie, der Zinsen, Renditen und Wechselkurse nicht allein dem Markt überlassen. Doch die politischen Kräfte sind schwach, die dieses Ziel verfolgen. Selbst die verheerenden Finanzkrisen der vergangenen Jahre haben nur kurzfristig Debatten ausgelöst, die eine schärfere Kontrolle der Finanzströme befürwortet haben. In den offiziellen Diskussionen wird für mehr Aufsicht, mehr Vorsicht, mehr Regelmäßigkeit der Finanzmärkte und einzelner Akteure plädiert (etwa im Rahmen der Vorschläge des Financial Stability Forum von April 2000), die schärfere Gangart der Regulation ist inzwischen nur noch Sache von Nicht-Regierungs-Organisationen, deren Stimme allerdings seit einigen Jahren auf den Weltsozialforen, im Zusammenhang mit WTO-Verhandlungen oder auf nationaler Ebene lauter wird.

Eine Verringerung der Zuwachsrates der Produktivität der Arbeit auf das Niveau der Wachstumsrate wäre eine Methode, um die Arbeitslosigkeit zu reduzieren. Doch dagegen steht der Wettbewerbsdruck infolge der Globalisierung. Vorstellbar aber wäre eine Art dualer Ökonomie, eines Teils der hochproduktiv und hochkompetitiv ist, und daher für die Absorption freigesetzter Arbeitskräfte in neue Jobs kaum in Frage kommt, es sei denn, es handelt sich um hochqualifizierte High-Performance-Spezialisten. Die Mehrheit der Nichtabsorbierten könnte in einem informellen Sektor unterkommen, der weniger produktiv als der formelle Sektor ist. Über die Ökonomie insgesamt gerechnet, würde sich die Produktivität mit der Entstehung des informellen Sektors verringern. Der informelle Sektor, der in der Regel unter dem Aspekt der Marginalisierung und der Exklusion behandelt wird, würde sich auf einmal als eine Lösung eines Globalisierungstrilemmas anbieten, das innerhalb des institutionellen Rahmens und der Regelwerks der Globalisierung selbst nicht angemessen bewältigt werden könnte. Dazu freilich ist es unabdingbar, den informellen Sektor nicht als Ausdruck eines „Neoliberalismus von unten“ sich selbst zu überlassen, sondern ihn durch Selbstorganisation, aber auch mit öffentlichen Mitteln als eine „solidarische Ökonomie“ zu entwickeln. In diese Richtung gibt es nur wenige Ansätze; doch nur in dieser Richtung kann eine Alternative und eine Lösung für die Beschäftigungslücke gefunden werden. Wachstum ist also keine Lösung für die Probleme, die sich aus Arbeitslosigkeit und globaler Ungleichheit ergeben. Im Gegenteil, Wachstum erzeugt und verschärft diese Probleme, denn sowohl die hohen Produktivitätszuwächse als auch die hohen Realzinsen sind eine Konsequenz der Globalisierung, die im Zuge des Wachstums (das ist Beschleunigung in der Zeit und Expansion im Raum) vorangetrieben wird. Das ist die eine Seite. Die andere ist noch mehr ernüchternd. Man muss nämlich den systemischen Kontext von Wachstum bedenken. Das Wachstum des Sozialprodukts ist eine Ausdrucksform der Akkumulation des Kapitals und diese wiederum ist Resultat des Prozesses der Profiterzielung. Wenn also Wachstum durch welche Maßnahmen auch immer reduziert wird, müssten nicht nur die Zinsen, sondern auch die Profitraten zurückgehen. Wachstum ist das Lebenselixier kapitalistischer Ökonomien und der Abschied vom Wachstum bedeutet in der Tendenz auch „Good bye Kapitalismus“. Es wäre keine realistische Unterstellung, dass dies freiwillig akzeptiert würde. Die kapitalistische Gesellschaft besitzt hohe transformistische Fähigkeiten, auf die sowohl Marx als auch Antonio Gramsci hingewiesen haben. Wenn das Wachstum verschwindet, geraten der Kapitalismus und sein herrschender Block an der Macht in eine Krise. Diese wirkt wie ein Jungbrunnen, der Kapitalismus kann sich erneuern in einem Prozess der „schöpferischen Zerstörung“ und so auch die politisch-sozialen Bedingungen schaffen, die die Hegemonie des herrschenden Blocks stärken und einen neuen Wachstumsschub ermöglichen. Gleichwohl bleiben die Grenzen, die dem Wachstum gesetzt sind, die immanent ökonomischen, die finanziellen und vor allem die ökologischen.

Die Zukunft des Wachstums

von Dr. Thilo Bode

Die ökologische Debatte leidet unter einem Dilemma, das bisher nicht Gegenstand einer öffentlichen Diskussion ist: Einerseits wird ökonomisches Wachstum nach wie vor als Schlüssel für die Überwindung von Armut und für die Schaffung von Arbeitsplätzen angesehen. Auf der anderen Seite werden die Ideale der nachhaltigen Entwicklung, nämlich die Bewahrung der Artenvielfalt, der Schutz der natürlichen Ressourcen und ein Wirtschaften im Einvernehmen mit der Natur beschworen.

Das Dilemma ist fundamental: Mit dem Wirtschaftswachstum und dem damit verbundenen ansteigenden Verbrauch an endlichen und erneuerbaren Ressourcen verbessern sich zwar weltweit die ökonomischen Indikatoren, die ökologischen jedoch verschlechtern sich: Abnahme der Artenvielfalt, Ausbeutung der Meere, Zerstörung der Urwälder, Aufheizung des Klimas, Verlust der Grundwasserreserven und fruchtbaren Bodens usw.

Aus ökologischer Sicht ist nicht das Wachstum des Bruttosozialproduktes oder anderer statistischer Indikatoren des Volkseinkommens das eigentliche Problem, sondern das Ansteigen der mit dem Wachstum der Güterproduktion einhergehenden Stoffströme, also des Durchsatzes an Materie und Energie.

Ein steigender Durchsatz an Materie und Energie erhöht die Belastung der Umwelt, eine Reduktion dieses Durchsatzes hat dagegen einen entlastenden Effekt. Es ist deshalb eigentlich unpräzise, von "Nullwachstum" oder "Nullwachstum des Sozialproduktes" zu sprechen, um einen Zustand zu beschreiben, der tendenziell die Belastung der Umwelt nicht weiter erhöht. Es geht vielmehr um die Konstanz der Stoffströme bzw. des Durchsatzes an Materie und Energie. Allerdings wird, wie die folgenden Abschnitte zeigen, "eine Beschränkung der Stoffströme langfristig (auch) eine Beschränkung des Wirtschaftswachstums zur Folge haben"¹

Die Relevanz der Stoffströme für die Umweltpolitik spiegelt die aktuelle Entwicklung der ökologischen Diskussion wider, deren Schwerpunkt nicht mehr die Schadstoffkontrolle, sondern die Reduzierung der Energie- und Stoffumsätze auf ein niedrigeres Niveau bildet. Die bisherige Umweltpolitik war vorwiegend eine nachsorgend ausgerichtete Politik der Schadstoffkontrolle und durchweg auch erfolgreich. Doch Schadstoffkontrolle kann Umweltprobleme wie Zersiedelung, Verlust der ökologischen Vielfalt, Bodenerosion, Wasserknappheit und Abfallberge nicht lösen.²

Aus der Erkenntnis, daß ein umweltverträgliches Wirtschaften mehr als Schadstoffkontrolle erfordert, wurden die sogenannten vier Managementregeln für nachhaltige Entwicklung abgeleitet:

1. Die Nutzung einer Ressource darf auf Dauer nicht größer sein als ihre Regenerationsrate oder die Rate der Substitution all ihrer Funktionen.
2. Die Freisetzung von Stoffen darf auf Dauer nicht größer sein als die Tragfähigkeit der Umweltmedien oder als deren Assimilationsfähigkeit.
3. Gefahren und unvermeidbare Risiken für den Menschen und die Umwelt durch anthropogene Einwirkungen sind zu vermeiden.

¹ BUND/Misereor (Hrsg.): Zukunftsfähiges Deutschland, S. 372 ff. Wenn in diesem Beitrag von "Nullwachstum" gesprochen wird, dann ist damit immer die Konstanz der Stoffströme, nicht ein Nullwachstum des Sozialproduktes gemeint.

² Zukunftsfähiges Deutschland, S. 29 ff.

4. Das Zeitmaß anthropogener Eingriffe in die Umwelt muß in einem ausgewogenen Verhältnis zu der Zeit stehen, die die Umwelt zur selbst stabilisierenden Reaktion benötigt."³

Diese Handlungsgrundsätze sind radikal aber eben auch unbrauchbar, weil sie kaum anwendbar sind. Vielleicht greifen sie deshalb die Prediger der Nachhaltigkeit auf allen Seiten des politischen Spektrums begeistert auf; sie können ja nicht gefährlich werden. Die Forderung, daß Energie und Stoffumsätze auf einem niedrigeren Niveau konstant gehalten werden müssen, liefert dagegen eine praktikable Interpretation der vier Handlungsansätze. Sie können somit auch als operationalisierte (natürlich nicht vollständige) Definition für den strapazierten Begriff "nachhaltige Entwicklung" verstanden werden.⁴

Während die Einsicht wächst, daß eine Beschränkung der Stoffströme die zentrale Voraussetzung für ein nachhaltiges Wirtschaften ist, vermittelt die globale ökonomische Entwicklung ein völlig anderes Bild. 1950 betrug das Weltbruttosozialprodukt fünf Trillionen US-Dollar, 1995 erreichte es bereits 29 Trillionen US-Dollar. Allein zwischen 1990 und 1997 stieg es nochmals um fünf Trillionen US-Dollar - also um etwa soviel wie zwischen dem Beginn der Zivilisation und 1950. Ebenfalls von 1950 bis 1995 hat sich der Verbrauch an Holz verdreifacht, der Papierverbrauch versechsfacht, die Menge gefangenen Fisches verfünffacht, der Getreideverbrauch verdreifacht, es wurde die vierfache Menge an fossilen Brennstoffen verfeuert, und die Wasser- und Luftqualität hat sich weltweit dramatisch verschlechtert.⁵

Trotz dieser dramatischen Entwicklung werden hohe Wachstumsraten sowohl national als auch international als Siegesmeldungen von der Wirtschaftsfront bejubelt. Den Wahnsinn einer solchen Einstellung beleuchtet folgende Rechnung:

Wenn das deutsche Bruttosozialprodukt die nächsten fünfzig Jahre mit einer Wachstumsrate von 4 % stiege - eine Option, die die Politik herzlich begrüßen würde -, wäre das deutsche Bruttosozialprodukt höher als das heutige Weltbruttosozialprodukt - eine absurde Vorstellung.

Doch am Dogma des Wachstumswahns rüttelt niemand. Ob Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, ob Internationaler Währungsfonds, Weltbank oder Regierungschefs der G-7(G-8)-Länder: wirtschaftliches Wachstum ist erklärtes und nicht einmal in Ansätzen bezweifertes Ziel.

Die etablierte Politik und die Wirtschaftsvertreter wissen nur einen Ausweg aus diesem Dilemma: das sogenannte "Effizienzwachstum", d.h. die Entkoppelung des Ressourcenverbrauchs vom wirtschaftlichen Wachstum. Oder einfacher: Wir produzieren immer mehr Güter mit immer weniger Rohstoffen und Energie. Eine scheinbar wunderbare Lösung, die stetig steigenden materiellen Reichtum und eine heile Umwelt verspricht. Effizienzgewinne sind in der Tat unerlässlich, doch diese lassen sich nicht unbegrenzt erzielen, es gibt physikalische Grenzen. Effizienzsteigerungen können Wachstumsgrenzen höchstens hinausschieben, nicht umgehen.⁶

³ Umweltbundesamt: Nachhaltiges Deutschland, S. 12.

⁴ . H. E. Daly: Beyond Growth, S. 31 "Sustainable Development, I argue, necessarily means a radical shift from a growth economy ... to a steady state economy ... In a steady state economy the aggregate throughput (of energy and matter) is constant, though it's allocation among competing uses is free to vary in response to the market."

⁵ . Worldwatch Institute: State of the World 1998, S.3

⁶ Die Einsicht, daß Effizienzgewinne nicht beliebig erzielbar sind, wird bisher verdrängt oder mit wolkigen Formulierungen übertrücht: "Das Konzept eines dauerhaften Wachstums (schließt) Grenzen ein - doch sind dies keine absoluten Grenzen. Es sind vielmehr technologische und gesellschaftliche Grenzen, die uns durch die Endlichkeit der Ressourcen und die begrenzte Fähigkeit der Biosphäre zum Verkräften menschlicher Einflußnahme gezogen sind." Vgl. Brundlandbericht S. 10; Oder noch absurder: Wachstumsraten von 3-4 % für Industrieländer können dauerhaft in Bezug auf die Umwelt sein, wenn "weniger Material- und energieintensiver gearbeitet wird und ... die effiziente Nutzung von Materialien und Energie verbessert wird" a. a. O. S. 53.

In der Praxis haben zudem bisher die Wachstumseffekte die Effizienzgewinne beim Verbrauch von Rohstoffen und Energie deutlich überkompensiert, sowohl weltweit als auch national. Seit 1950 ist in Deutschland der Primärenergieverbrauch unaufhörlich gestiegen. Der Heizverbrauch pro Wohnfläche hat sich verringert, aber die Wohnfläche pro Person hat sich weit stärker erhöht. Der Verbrauch an Treibstoff pro gefahrenem Autokilometer ist gesunken, doch das Verkehrsaufkommen und die gefahrenen Kilometer haben um ein Vielfaches zugenommen. Die Papierindustrie konnte zwar erhebliche Einsparungen erzielen, doch hat sie ihre Produktion mehr als verfünffacht usw.⁷

Aus technologischer Sicht ist es möglich, noch sehr viel weitgehendere Effizienzgewinne zu erzielen. Wie begrenzt jedoch der Spielraum ist, zeigt folgendes Beispiel: Bei einer Wachstumsrate von 3 % über fünfzig Jahre, muß der Rohstoff- und Materialdurchsatz um 80 %, also um den Faktor vier reduziert werden, nur um den Durchsatz an Ressourcen konstant zu halten und nicht weiter ansteigen zu lassen. Eine Halbierung des Energiedurchsatzes in diesem Szenarium (eine nicht unrealistische Voraussetzung: die gegenwärtige Klimaforschung fordert eine Reduzierung des Einsatzes an fossiler Energie um etwa 60 % für Industrieländer bis zur Mitte des nächsten Jahrhunderts) würde eine Reduktion um 95 % erfordern - also um den Faktor 20.

Es handelt sich hierbei keineswegs um eine theoretische Debatte. Es geht nicht darum, den Durchsatz an Energie und Rohstoffen in ferner Zukunft zurückzuführen und dann konstant zu halten, sondern es geht darum, heute zu handeln, und zwar weil der Verbrauch an endlichen und insbesondere an erneuerbaren Ressourcen das ökologisch verträgliche Maß bereits überschritten hat: "(The) use of renewable resources - land, forest, fresh water, coastal areas, fisheries and urban air - is beyond their natural regeneration capacity and therefore is unsustainable."⁸

Da im Gegensatz zu den Industrieländern den Entwicklungsländern auch weiterhin ein Zuwachs des Verbrauchs an Rohstoffen und Energie zugestanden werden muß, bedeutet dies, daß es im wesentlichen drei Möglichkeiten gibt, eine globale Konstanz des Stoffdurchsatzes auf niedrigerem Niveau zu erreichen: Effizienzgewinne beim Durchsatz von Rohstoffen und Energie, eine wirksame Kontrolle des Bevölkerungswachstums und eine absolute Reduktion des Verbrauchs an Energie und Materie in den Industrieländern.

Weder die ökonomische Theorie, noch die Wirtschaftspolitik geben Hilfestellung bei der Bewältigung der Frage, ob und wie "Nullwachstum" im Sinne konstanter Stoffströme in einer Volkswirtschaft wünschbar oder möglich sei. In der Wirtschaftspolitik ist diese Frage kein Thema. Wachstum ist grundsätzlich gut, ja wird sogar als Voraussetzung für eine erfolgreiche Umweltpolitik angesehen.⁹

Die Theorie unterstellt die Möglichkeit unbegrenzten Wachstums, indem sie, wie in der Ökonomie üblich, die Probleme wegdefiniert und letztlich auch die Unbegrenztheit natürlicher Ressourcen und des Ökosystems impliziert. Ihr Hauptargument ist, daß sogenanntes "Naturkapital" durch sogenanntes "Humankapital" ersetzt werden kann, und vernachlässigt, daß auch die Produktion von "Humankapital" den Einsatz von Stoffströmen erfordert. Sie übersieht die Grenzen, die durch die Endlichkeit der Natursysteme, durch die Entropie-Gesetze und durch ökologische Interdependenzen gesetzt werden.¹⁰

⁷ Vgl. Statistisches Bundesamt: Umweltökonomische Gesamtrechnung.

⁸ Vgl. United Nations Environment Program: Global Environment Outlook.

⁹ Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung meint: Daß "Wirtschaftswachstum mit einer Verbesserung der Umweltsituation einhergehen kann, ja sogar erst die Voraussetzung dafür schafft, ist durch die Erfahrung der letzten zehn Jahre eindrucksvoll zu belegen." Jahresgutachten 92/93, zitiert nach "Zukunftsfähiges Deutschland", S. 370.

¹⁰ Vgl. H. E. Daly: Beyond Growth, S. 34.

Bemerkenswert ist, mit welcher Unverfrorenheit eine Wissenschaft, die sich ohnehin nicht gerade durch Meßbarkeit und allgemeine Gültigkeit von Ergebnissen auszeichnet, physikalische Grundgesetze, wie die Gesetze der Thermodynamik, schlichtweg negiert. Das war nicht immer so. Die klassische ökonomische Theorie hat sich durchaus mit den Grenzen des Wachstums befaßt. John Stuart Mill etwa sah in einer stationären Wirtschaft, die nicht mehr von unentwegtem Streben nach Wachstum und mehr Reichtum geprägt ist, sogar einen erstrebenswerten Zustand der Gesellschaft.¹¹

In neuerer Zeit wurde die Diskussion um die "Grenzen des Wachstums" von der gleichnamigen, im Auftrag des "Club of Rome" von D. Meadows erstellten Studie wieder angestoßen.¹²

Die Studie prognostizierte unter dem Eindruck der Ölkrise das Ende des Wirtschaftswachstums aufgrund der Endlichkeit der natürlichen Ressourcen. Nachdem dieses Ende in den folgenden Jahrzehnten weniger schnell abzusehen war, hat der Verfasser in seinem Werk "Die neuen Grenzen des Wachstums" das Thema wieder aufgegriffen und postuliert, daß die Biosphäre im Hinblick auf die Absorption von Schadstoffen und die Übernutzung der Ökosysteme so geschädigt sei, daß einem weiteren Ansteigen der Güterproduktion dadurch natürlich Grenzen gesetzt seien. Die aktuelle Diskussion über die Thematik "Wirtschaftswachstum und Umwelt" erstreckt sich im wesentlichen auf die Auswirkungen unbegrenzten Wirtschaftswachstums, auf seine Ursachen (soziologische, evolutionsgeschichtliche, institutionelle und andere) sowie auf Definitionsfragen.¹³

Eine Diskussion, ob Nullwachstum als Konstanz des Ressourcendurchsatzes in Demokratien westlichen Zuschnittes mit einem privatwirtschaftlichen Wirtschaftssystem möglich ist und wie es gestaltet werden könnte, findet praktisch nicht statt.

Überwiegend werden nach wie vor mit positiven Wachstumsraten und Wachstumserfolgen positive Entwicklungen verknüpft. Ein wesentlicher Grund dafür ist auch die Tatsache, daß die statistische Berechnung des Wirtschaftswachstums ökologische Schäden nicht berücksichtigt, d.h. den Naturverbrauch nicht bewertet. Nicht nur jeder Verkehrsunfall, sondern auch die Abholzung eines tropischen Regenwaldes (der dadurch unwiederbringlich verlorengeht und nicht wieder aufgeforstet werden kann) erhöht das Bruttosozialprodukt. Die Weltbank hat in einer Studie nachgewiesen, daß die positiven Wachstumsraten einiger afrikanischer Länder und deren positive Sparquoten bei der Berechnung des Naturverbrauches sich tatsächlich in negative Wachstumsraten verkehren.

Zum Beispiel hat das afrikanische Wirtschaftswunderland Ghana trotz traumhafter Wachstumsraten nach dieser Bewertung eine beträchtliche Verminderung des volkswirtschaftlichen Vermögens erfahren. Schon lange gibt es Berechnungsmethoden, die diese Schwäche der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung überwinden. Daß sie nicht in die Praxis umgesetzt werden, hat offensichtlich politische Ursachen. Sie würden die Illusion von der Wohlstandsvermehrung durch Wirtschaftswachstum nachhaltig zerstören.¹⁴

"Nullwachstum" ist für etablierte Ökonomen auch deshalb eine Schreckensvision, weil sie damit das Ende eines freiheitlichen, privatwirtschaftlichen Wirtschaftssystems assoziieren. Nicht wenige Ökonomen postulieren, daß eine kapitalistische Wirtschaftsordnung mit Nullwachstum schlicht unvereinbar

¹¹ "Die Volkswirte müssen es stets mehr oder minder deutlich erkannt haben, daß die Zunahme des Nationalvermögens nicht unbegrenzt sei, daß am Ende des sogenannten progressiven Zustandes der stationäre Zustand liege ... Es dürfte die Bemerkung kaum notwendig sein, daß ein stationärer Zustand des Kapitals und der Bevölkerung keineswegs einen stationären Zustand der menschlichen Verbesserungen in sich schließt. Der Spielraum für alle Arten geistiger Entwicklung, sowie des moralischen und sozialen Fortschritts würde dabei nicht verkürzt werden." John Stuart Mill: Grundsätze der Politischen Ökonomie, Band 3, S. 58 ff. und S. 63.

¹² Vgl. D. Meadows: Die Grenzen des Wachstums und Die neuen Grenzen des Wachstums.

¹³ Vgl. R. Riedl et al.: Die Ursachen des Wachstums.

¹⁴ Vgl. Weltbank: Monitoring Environmental Progress.

sei. Ihre Begründung: In einer stationären Wirtschaft tendierten Ersparnisse und Nettoinvestitionen gegen null und damit auch der Zinssatz bzw. die privatwirtschaftliche Profitrate. Folglich wäre die Logik für ein privatwirtschaftliches Wirtschaftssystem außer Kraft gesetzt.

Diese Argumentation trägt jedoch nicht: Zum einen ist die neo-klassische Theorie im Einsektormodell nicht praxisrelevant, weil die Grenzproduktivität des Kapitals in einzelnen Sektoren natürlich nicht null beträgt. Auch in einer Wirtschaft mit Nullwachstum, d.h. Konstanz des Ressourcendurchsatzes, gibt es Wirtschaftssektoren, die wachsen und andere, die schrumpfen. Der "Ressourcen-Deckel" der Gesamtwirtschaft wäre sozusagen unverrückbar, aber unter diesem Deckel würden unternehmerische Aktivitäten mit lebhafter, vielleicht sogar stärkerer Konkurrenz als heute stattfinden.

Die Voraussetzung für ein privatwirtschaftliches System, beruhend auf privaten Investitions- und Konsumentscheidungen, wäre somit durchaus gegeben. Zum zweiten käme es in einem Zustand stationären Stoffdurchsatzes weiterhin zu einem (wenn auch verringerten) Wachstum aufgrund der Überlegung, daß es technischen Fortschritt gibt, d.h. daß das Wissen permanent wächst. "Dieses Wissen kann sich in arbeits- oder kapitalvermehrendem technischen Fortschritt niederschlagen, so daß mit der gleichen Menge an Beschäftigten bzw. mit der gleichen Menge an physischem Kapital ein wertmäßig größerer Output produziert werden kann, da gemessen in Effizienzeinheiten der Arbeits- und Kapitalinput wachsen. Solange das Wissen zunimmt, gibt es für diese Art von Wachstum keine (natürliche) Schranke".¹⁵

Dies gilt jedoch beim Einsatz natürlicher Ressourcen und Energie nicht. Hier ist die Effizienz durch physikalische Gesetze nach oben begrenzt.¹⁶

Von wirklich schwerwiegender praktischer Bedeutung ist dagegen die Frage, wie sich ein Nullwachstum auf die Weltwirtschaft, auf die Entwicklungsländer sowie auf die Beschäftigungssituation und die Sozialsysteme der Industrieländer auswirkt. Von der Beantwortung dieser Frage hängt im wesentlichen die praktische "Machbarkeit" des Nullwachstums ab.¹⁷

Lutz Hoffmann legt dar, daß wirtschaftliche Stagnation zumindest temporäre Nachteile für rohstoffexportierende Entwicklungsländer, also insbesondere die ärmeren Entwicklungsländer bedeuten könnte, während die sogenannten Schwellenländer eher profitieren würden. Eine zuverlässige Vorhersage läßt sich jedoch nur sehr schwer treffen. Viel hängt davon ab, inwieweit sich der Handel unter den Entwicklungsländern entwickelt und ob es zur Stärkung einer inländischen Wachstumsdynamik kommt.

Ein sehr großes Hindernis auf dem Weg zum Nullwachstum stellt die Tatsache dar, daß die Wirtschafts- und Sozialsysteme der Industrieländer vom Niveau der Beschäftigung abhängig sind (Rentenversicherung, Arbeitslosenversicherung, Sozialversicherung). Die Beschäftigung jedoch ist wiederum eine Funktion des Wirtschaftswachstums, obwohl es zunehmend schwieriger erscheint, die Arbeitsfreisetzungseffekte der Produktivitätszunahme durch entsprechend hohes Wachstum zu überkompensieren. Deshalb kommt es verstärkt, auch in Phasen wirtschaftlichen Wachstums, zu Beschäftigungsproblemen (jobless growth).

Die Herausforderung bestünde somit darin, von jobless growth zu growthless jobs zu kommen. Die Umstellung der Sozialsysteme, d.h. eine Reduzierung ihrer Abhängigkeit von der Beschäftigung, ist von so fundamentaler Tragweite, daß sie eine oder mehrere Generationen beansprucht. Dies ist auch der Grund, warum heute Nullwachstum diskutiert werden muß. Eine Notwendigkeit, die sich nicht nur

¹⁵ Vgl. G. Kirchgässner: Nachhaltigkeit und Wirtschaftsordnung, in: DIW (Hrsg.): Diskussionspapier 168, S. 112, Berlin 1998.

¹⁶ ebenda

¹⁷ Vgl. L. Hoffmann, Konsequenzen wirtschaftlicher Stagnation in den Industrieländern für die Entwicklung in den Entwicklungsländern, in: DIW (Hrsg.): Diskussionspapier Nr. 168, Zukunftsgestaltung ohne Wirtschaftswachstum, Berlin 1998.

aus den ökologischen Gegebenheiten ergibt, sondern auch aus der Tatsache, daß hohe Wachstumsraten offensichtlich nicht mehr die notwendige Zunahme an Arbeitsplätzen sichern können.

In diesem Zusammenhang ist es interessant zu erforschen, inwieweit nachhaltiges Wirtschaften in der industriellen Produktion, d.h. die maximale Ausnutzung von Rohstoffen und Energie, geschlossene Produktionskreisläufe sowie die Umstellung auf eine Wirtschaftsweise, die den Schwerpunkt auf den Gebrauch der Dienstleistung eines Produktes, nicht auf den Gebrauch des Produktes selbst legt, die Schaffung von Arbeitsplätzen beeinflusst (Beispiel: Der Verbraucher kauft sich die Dienstleistung "Rasenmähen" anstatt eines Rasenmähers).

Auch die Frage der Beschäftigungswirkung höherer Energiepreise, eine Voraussetzung für eine signifikante Verringerung des Ressourcendurchsatzes, ist in diesem Zusammenhang interessant. Viele Tätigkeiten, die Menschen ausführen könnten, werden ihnen heute durch zu billige und umweltzerstörende Energie abgenommen.¹⁸

Es ist billiger, einen Radiowecker wegzuwerfen und einen neuen zu kaufen, als diesen zur Reparatur zu geben, wenn dies überhaupt noch möglich ist. Eine höhere Langlebigkeit von Gütern (basierend auf höheren Energie- und Ressourcenpreisen) könnte dagegen erhebliche Beschäftigungswirkungen im Bereich der Reparatur und Wartung dieser Güter zur Folge haben. Positive Beschäftigungseffekte können auch in anderen Wirtschaftssektoren, die nachhaltig organisiert sind, erwartet werden, zum Beispiel in der Landwirtschaft, wo eine nachhaltige, ökologische Landwirtschaft mehr Arbeitsplätze schafft als eine mechanisierte, intensive Landwirtschaft.

Neben positiven Arbeitsplatzeffekten nachhaltiger Produktion werden noch andere Maßnahmen wie z.B. Arbeitszeitverkürzung und eine Verringerung der Abgabenlast auf den Faktor Arbeit zugunsten einer Ressourcenbesteuerung eine Rolle spielen müssen. Auch die Riesenaufgabe, Beschäftigung in einer Wirtschaft mit Nullwachstum zu organisieren, ist lösbar. Man muß sie nur angehen.

An wirtschaftspolitischen Instrumenten, den Ressourcendurchsatz zurückzuführen bzw. konstant zu halten, gibt es keinen Mangel. Sie werden auch heute schon eingesetzt. Je nach Situation können Steuern, Abgaben, handelbare Zertifikate oder Verordnungen angewendet werden.

Eine zentrale Rolle kommt der Steuerung des Energiedurchsatzes zu. Dieser bestimmt als limitierender Faktor den Stoffdurchsatz. "Da die Stoffdurchflüsse auf Energie angewiesen sind, wird ein konstanter Energieverbrauch (langfristig) zu einem konstanten Stoffdurchfluß, auch wenn dies kein zentrales umweltpolitisches Ziel ist."¹⁹

An erster Stelle der Maßnahmen für eine Umstellung der Wirtschaft auf Konstanz des Ressourcendurchsatzes steht somit eine Energiesteuer (aufkommensneutral, d.h. bei gleichzeitiger Entlastung des Faktors Arbeit). Das größte Interesse, eine Energiesteuer oder ähnliche Instrumente einzusetzen, müßte im übrigen die Industrie haben. Denn je schneller und nachhaltiger sie die Effizienz der Produktion steigern kann, desto mehr Möglichkeiten hat sie, materielle Wachstumsspielräume auszunutzen. Der gegenwärtige Widerstand der Industrie (z.B. des BDI in Deutschland) mag aus kurzfristigen Interessen einzusehen sein. Mittelfristig und langfristig tut sie sich hiermit keinen Gefallen. Eine Ausweitung der industriellen Produktion ist heute auf Grund der ökologischen Grenzen, die in vielen Bereichen schon überschritten sind, nur noch möglich, wenn die Effizienz des Energie- und Rohstoffdurchsatzes dramatisch gesteigert wird. Aber dies ist wiederum nur durch ökonomisch effektive Instrumente wie eine Energiesteuer möglich.

¹⁸ Vgl. Ch. Pfister: Das 1950er Syndrom.

¹⁹ Vgl. G. Kirchgässner: a. a. O., S. 111.

Konzepte zur Messung und Bewertung des Naturverbrauchs (Auszüge) ²⁰

Von Matthias Kracht und Johannes Schweda

Einleitung

Wirtschaften bedeutet immer auch Verbrauch natürlicher Ressourcen, Umweltverschmutzung, und somit eine Verschlechterung der Lebensqualität gegenwärtiger und zukünftiger Generationen. Der Naturverbrauch wurde jedoch lange Zeit vernachlässigt und als kostenlos angesehen. Das stellt allerdings ein Problem dar, denn die Natur ist heute kein freies Gut mehr, sondern sie ist längst zu einem knappen Gut geworden. Da die Natur jedoch als öffentliches Gut keinen Marktpreis besitzt, ist es notwendig, sich über andere Wege der Bewertung Gedanken zu machen.

Aus dieser Problemstellung heraus werden seit einigen Jahren Ansätze entwickelt, die Natur und den Naturverbrauch stärker zu berücksichtigen und zu bewerten, und somit ein besseres Bild über die tatsächliche Situation der Umwelt zu entwerfen.

Zunächst werden, aufbauend auf einer Kritik am Bruttosozialprodukt, ökologisch orientierte Indikatoren und Indikatorensysteme vorgestellt. Danach wird auf monetäre und physikalische Ansätze zur Messung und Bewertung des Naturverbrauchs eingegangen.

1. Ökologisch orientierte Indikatorensysteme für Wohlfahrt

1.1. Kritik am Bruttosozialprodukt

Das Bruttosozialprodukt (BSP) ist heute der wohl bekannteste und in der Praxis weltweit verbreitetste Indikator, dem häufig die Aufgabe der Messung der Wohlfahrt oder der Entwicklung einer Nation zugeschrieben wird.

Doch da setzt die Kritik an, denn das BSP ist ein (rein ökonomisch orientierter) Indikator für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, und kein Wohlfahrtsmaß. Es mißt den Wert der in einer Volkswirtschaft während einer Periode erzeugten Güter und Dienstleistungen, und ist gleich der Summe aus privatem Verbrauch, Staatsverbrauch und Bruttoinvestitionen. Es werden allerdings nur Markttransaktionen bei der Berechnung betrachtet. Doch damit besitzt das BSP als Wohlfahrtsindikator nur eine geringe Aussagekraft. Es gibt im wesentlichen zwei große Kritikpunkte, weswegen es als Wohlfahrts- oder Entwicklungsindikator ungeeignet ist: Zum einen werden nicht-monetäre Leistungen, wie zum Beispiel Arbeiten im Haushalt, private Alten- und Krankenpflege oder Erziehung, nicht berücksichtigt. Zum anderen wird die Umwelt nicht angemessen berücksichtigt, d.h. die Tatsache, daß z.B. Nationen auf Kosten ihrer natürlichen Ressourcen produzieren, die Qualität der Umwelt durch Wirtschaften beeinträchtigt wird und Kosten für den Umweltschutz entstehen.

Bei der Bildung von Indikatoren ist es wichtig, aus der Vielzahl von Informationen "nach geeigneten Größen (zu suchen), die als Indikatoren für bestimmte Informationsbedürfnisse geeignet sind."²¹ Sinn und Zweck von Indikatoren sollte also auch immer sein, aus ihnen Ziele formulieren zu können, so daß sie für politische Entscheidungen relevante Informationen liefern können. Das ist beim BSP nicht der Fall. Daher stellt sich die Frage, ob nicht andere Indikatoren entwickelt werden müßten, die diesem Zweck gerecht werden. Der bisherige Datenkranz müßte vor allem auch um eine ökologische Dimension erweitert werden, denn diejenigen Bereiche, die für das Überleben einer Gesellschaft relevant sind, bleiben in den bisherigen Berechnungen unberücksichtigt.

²⁰ Entstand im Hauptseminars "Ökologische Ökonomie I" (Prof. Dr. Klaus Peter Kisker / Dipl.-Vw. Birgit Soete) WS 1997/98 FU Berlin, Fachbereich Wirtschaftswissenschaft, Institut für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsgeschichte Volltext:

www.geocities.com/johannes0204/essays/oekologie.html

²¹ Kopfmüller, 1994, S. 136

Es gibt in jüngerer Zeit eine Vielzahl von Ansätzen, unter Einbeziehung von sozial- und umweltpolitischen Aspekten geeignete Indikatoren als Maß für Wohlfahrt und Entwicklung zu finden, und somit das BSP in Frage zu stellen.

1.2. Index of Sustainable Economic Welfare (ISEW)

Einen wichtigen Schritt bei der Weiterentwicklung von Indikatoren stellt der 1989 von Herman Daly und John Cobb vorgestellte "Index of Sustainable Economic Welfare" (ISEW, Index des nachhaltigen wirtschaftlichen Wohlstands) dar, der unter anderem auch die Kosten der Verschlechterung der Umweltqualität berücksichtigt.

Es handelt sich um einen Index, der in Geldgrößen gemessen wird. Einerseits sollten damit die unterschiedlich gearteten Kriterien, die in den ISEW einfließen, auf ein einheitliches Maß gebracht werden. Andererseits bestand der Anspruch, eine Alternative zum BSP vorzustellen, und diese sollte aus Akzeptanzgründen dieselbe Maßeinheit tragen wie das BSP.

Als Ausgangspunkt für ein Maß des Wohlstands wird hier der private Konsum angesehen. Dieser Konsum wird um einen Index der Einkommensverteilung korrigiert, der das Verhältnis zwischen dem Einkommen des ärmsten Fünftels der Bevölkerung zu den übrigen vier Fünfteln der Bevölkerung abbildet.

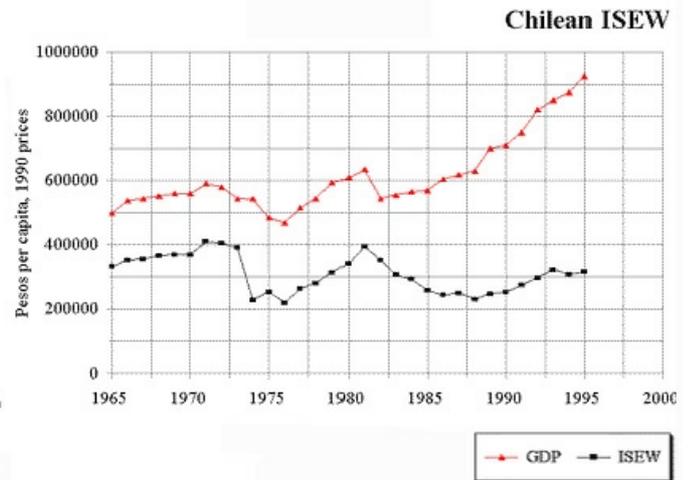
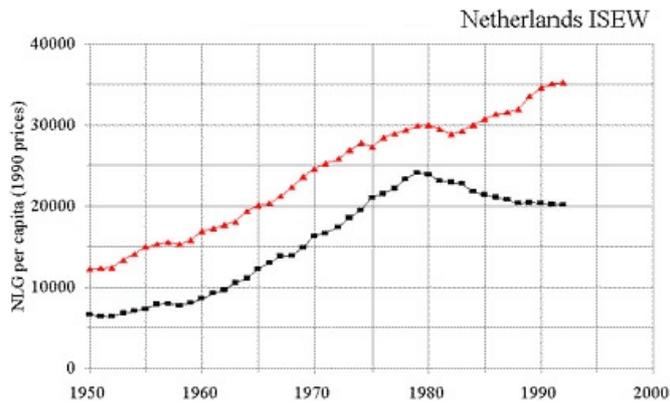
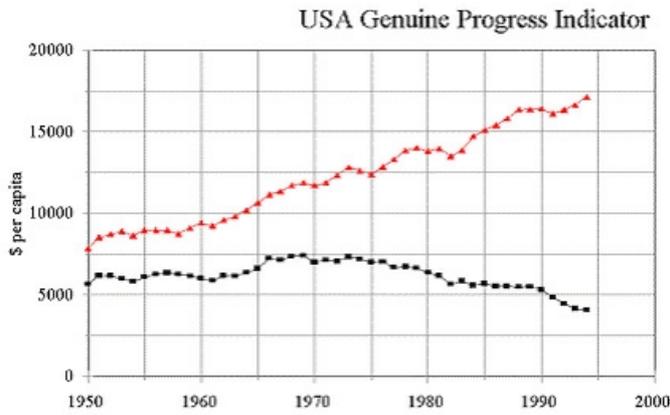
Die so ermittelte Basis wird dann berichtigt um die Faktoren, die die Wohlfahrt heutiger und zukünftiger Generationen beeinflussen. Es werden diejenigen Größen hinzuaddiert, die den wirtschaftlichen Wohlstand positiv beeinflussen, jedoch vom Markt nicht erfaßt werden (z.B. nicht-monetäre Leistungen privater Haushalte, wie Hausarbeit). Außerdem wird die Basisgröße um die monetär bewerteten Veränderungen des Sachkapitals (z.B. Bestände privater Güter), des Humankapitals und des Umweltkapitals²² korrigiert. Subtrahiert werden die Kosten der Verschlechterung der Lebens- und Umweltqualität, wie z.B. Kosten der Arbeitslosigkeit, der Lärmbelästigung und der Verschmutzung von Wasser, Luft und Boden. Ebenfalls subtrahiert werden langfristige Kosten wirtschaftlicher Aktivitäten, wie z.B. des Abbaus von nichtregenerierbaren Ressourcen und fossiler Brennstoffe, des Einsatzes der Kernenergie sowie Kosten für Folgen des Rückgangs der Ozonschicht. Diese Kosten ermittelt man dadurch, daß man vermiedene Schadenskosten, Ausgaben für präventive Maßnahmen, Wiederherstellungskosten oder auch deensive Gesundheitsausgaben zu berechnen versucht. Außerdem können bestimmte Kosten - z.B. die Kosten der Lärmbelästigung - auch durch die Befragung Betroffener ermittelt werden.

Die Daten, die in den ISEW eingehen, sind von Land zu Land sehr unterschiedlich, was zum einen daran liegt, daß Daten in verschiedenen Ländern unterschiedlich leicht verfügbar sind, oder daß Daten eine unterschiedliche Priorität beimessen wird, zum anderen liegt es aber auch daran, daß es sich beim ISEW um einen relativ jungen Indikator handelt, der sich noch im Versuchsstadium befindet.

Bei Untersuchungen, die sich auf einen Zeitraum von 1950 bis heute beziehen, und die in Ländern wie den USA, Deutschland und Großbritannien durchgeführt wurden, wurde der ISEW mit dem BSP verglichen. Dabei wurde festgestellt, daß sich nach dem 2. Weltkrieg BSP und ISEW zunächst in dieselbe Richtung entwickelten, d.h. einen ansteigenden Verlauf hatten, wobei jedoch der ISEW regelmäßig unter dem BSP lag. Aber etwa seit Anfang der 70er Jahre (in Deutschland seit Anfang der 80er Jahre) stellt man eine ungleiche Entwicklung fest. Während das BSP für die betrachteten Länder weiter anstieg, ging der ISEW zurück bzw. stagnierte.

²² Unter Umweltkapital versteht man die Leistungen, die die Natur erbringt. Das sind neben den für den Menschen nutzenstiftenden Leistungen (z.B. Zurverfügungstellung von Ressourcen) vor allem auch die Leistungen, die der Erhaltung der Lebensfähigkeit der Natur selbst dienen.

Als Ursachen hierfür werden die zunehmende Ungleichheit der Einkommensverteilung in der Bevölkerung, aber vor allem auch die stark zunehmenden Kosten der Umweltverschmutzung und die zunehmende Erschöpfung nichtregenerierbarer Ressourcen gesehen.



—●— GDP —■— ISEW

Die Wachstumsdoktrin

Ein Beitrag zum Arbeitspapier für eine Alternative Weltwirtschaftsordnung

von Fabian Scheidler²³

Wie in der nationalen Wirtschaftspolitik, so ist auch in der Weltwirtschaftspolitik Wachstum das zentrale Ziel aller Anstrengungen. Die Liberalisierung des Handels, so die herrschende Ideologie, schafft weltwirtschaftliches Wachstum, und Wachstum schafft über kurz oder lang zunehmenden Wohlstand für alle.²⁴ Umgekehrt ist Armut in dieser Sichtweise vor allem das Resultat eines zu geringen Wachstums.²⁵

Diese Sichtweise blendet indes entscheidende Aspekte der Wirklichkeit aus der Rechnung aus.

1. Als „Wirtschaftswachstum“ wird die Zunahme von Geldströmen bezeichnet, wie sie in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (besser bekannt als BIP bzw. BSP) gemessen werden. In diesen Rechnungen wird nur bilanziert, was in Geldwerten erfaßt wird. Dabei bleiben wesentliche Bereiche, auf denen jede Gesellschaft existentiell beruht, unberücksichtigt:

- Die unbezahlten natürlichen Ressourcen.
- Alle nicht in Geldwerten erfaßten ökonomischen Aktivitäten, wie etwa Haushaltsarbeit, Kindererziehung, Subsistenzwirtschaft, familiäre und nachbarschaftliche Hilfe.
- Die Qualität der Lebens- und Arbeitsverhältnisse sowie der soziale und kulturelle Zusammenhalt.

2. Im BIP werden alle in Geldwerten erfaßten Transaktionen positiv bilanziert, gleichgültig, ob es sich dabei um gesellschaftlich nützliche oder schädliche Aktivitäten handelt. Jeder Autounfall schlägt positiv zu Buche, ebenso wie das Leerfischen von Fischgründen oder der klimaschädigende Verbrauch fossiler Brennstoffe.

Das BIP und die auf ihm beruhende Wachstumsideologie sind für die zerstörerischen Aspekte unserer Wirtschaftsweise blind. Diese Blindheit kann dazu führen, daß eine Gesellschaft bei anhaltendem Wachstum zugleich immer ärmer an realem volkswirtschaftlichen Vermögen und Lebensqualität wird. Alternative Wohlstandsindices, die nicht nur die Geldströme, sondern auch Faktoren wie Ressourcenbestand, Gesundheit, Verteilungsgerechtigkeit etc. einbeziehen, deuten darauf hin, daß in den Industriestaaten seit Mitte der siebziger Jahre die durchschnittliche Lebensqualität bei anhaltendem Wachstum sinkt, wogegen sie in der Aufbauphase der Nachkriegszeit parallel zum BIP anstieg. Eine Steigerung des BIP kann also mit einer Erhöhung der Lebensqualität einhergehen, jedoch ebenso in das Gegenteil umschlagen.

Dabei ist stets zu beachten, daß auch ein realer Wohlstandszuwachs in einem Teil der Welt oft genug auf Kosten anderer Erdteile erwirtschaftet wird. Das Wachstum des industrialisierten Nordens beruht seit der Kolonialzeit zu einem wesentlichen Teil auf asymmetrischen Wirtschaftsbeziehungen, die eine Extraktion billiger Ressourcen aus dem Süden erlauben. Zugleich werden globale Umweltbelastungen wie etwa der CO₂-Ausstoß überwiegend von den reichen Ländern verursacht, von den Folgen am härtesten getroffen aber sind meist die Bevölkerungen armer Regionen.

Wachstum steht auch im Mittelpunkt jener Armutsbekämpfungsstrategien, wie sie von IWF, Weltbank und WTO vertreten werden. Auch hier werden die volkswirtschaftlichen und sozialen Schäden blinden Wachstums weitgehend ignoriert: Bodendegradation, Rodung von Wäldern, Artenschwund, Klima-

²³ Mitglied von attac Berlin und Dramaturg am GRIPS Theater

²⁴ Siehe z.B. das Minderheitenvotum der CDU/CSU im Schlußbericht der Enquête Kommission des Bundestages zur Globalisierung

²⁵ So z.B. im Bericht „World Development Indicators 2002“ der Weltbank

wandel, Absinken des Grundwasserspiegels, Umweltgifte etc. zerstören mit den natürlichen Lebensgrundlagen auch die ökonomische Basis von unzähligen Haushalten – besonders bei jenen zwei Milliarden Menschen, die direkt vom Zugang zur Natur leben.

Eine gerechte und zukunftsfähige Weltwirtschaftsordnung setzt die Abkehr von einer Fortschritts- und Entwicklungsidee voraus, die auf naturvergessenem Wachstum basiert – und das zunächst und vor allem in den industrialisierten Ländern, die mit ihrem übermäßigen Ressourcenverbrauch die Lebenschancen der Menschen im Süden und der künftigen Generationen verringern. In den wenig industrialisierten Ländern dagegen kann das Wachstum bestimmter Wirtschaftssektoren durchaus ein wichtiger und notwendiger Bestandteil auf dem Weg aus der Armut sein; entscheidend jedoch ist, auf welcher Ressourcenbasis und unter welchen sozialen Bedingungen dieses Wachstum stattfindet.

„Nachhaltiges Wachstum“ oder Alternativen zum Wachstum?

Die Frage, ob weiteres „Wirtschaftswachstum“ mit den Grenzen der Biosphäre und den Grundsätzen der Nachhaltigkeit vereinbar ist, ist solange irreführend, als unter Wachstum eine Steigerung des BIP verstanden wird. Entscheidend für die Ökologie sind nicht die im BIP ausgewiesenen Geldströme sondern die Menge und Qualität der Ressourcenströme.

Führt man die Wachstumsfrage auf die materielle Basis zurück und betrachtet die Ressourcenströme, so ist die Antwort eindeutig: Die Industrieländer allein beanspruchen schon jetzt die gesamte ökologische Kapazität des Planeten. Das bedeutet zum einen, daß diese Länder der Erde einen zwei- bis fünfmal²⁶ größeren ökologischen Fußabdruck zumuten, als ihnen unter den Prämissen der Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit zustehen würde. Zum anderen zeigt es, daß eine Imitation des westlichen (ressourcenintensiven) Entwicklungsmodells durch die sogenannten Entwicklungsländer die ökologischen Dimensionen des Planeten (und das heißt auch: die Basis aller ökonomischen Aktivitäten) definitiv sprengen würde.

Notwendig ist also zweierlei: Erstens eine radikale Reduktion des Ressourcenverbrauchs in den Industrieländern. Zweitens gilt es, in den sogenannten Entwicklungsländern die Chance zu nutzen, direkt auf ressourcenleichte Produktions-, Distributions- und Konsumweisen zu setzen, zu denen die Industrieländer ohnehin finden müssen.

Zu 1) Um unser bisheriges Wachstums- und Entwicklungsmodell (und die dahinter stehenden Kapitalinteressen und asymmetrischen Wirtschaftsbeziehungen) nicht in Frage stellen zu müssen, hat man als Ausweg aus dem Widerspruch zwischen Wachstum und Nachhaltigkeit den Begriff des „nachhaltigen Wachstums“ geprägt, der bereits vielerorts die „nachhaltige Entwicklung“ ersetzt. Diesem Begriff liegt die Vorstellung zugrunde, daß eine technische Effizienzsteigerung in der Güterproduktion sowie eine Zunahme des Dienstleistungssektors am BIP den Ressourcenverbrauch so weit reduzieren könnten, daß genügend ökologischer Spielraum für weiteres Wachstum – auch in den Industrieländern – geschaffen würde. In vielen entscheidenden Bereichen – z.B. im Automobilssektor – zeigt sich jedoch, daß die Effizienzgewinne durch das Produktionswachstum national wie weltweit bei weitem überkompensiert werden, die absolute Belastung also steigt. Auch große Teile des Dienstleistungssektors erweisen sich als weitaus weniger „ressourcenleicht“, als vielfach angenommen wird. Die Herstellung eines Computers beispielsweise verschlingt fast 2/3 der Menge an Energie und Materialien, die ein Auto benötigt.

Obwohl Öko-Effizienz und eine Umschichtung zugunsten des Dritten Sektors wichtige Bestandteile einer Nachhaltigkeitsstrategie sein können, reichen sie allein bei weitem nicht aus. Die Dimensionen der drohenden ökologischen und daraus folgenden sozialen Katastrophen erfordern einen tieferen

²⁶ USA: 10 Globalhektar pro Person (entspricht dem 5fachen des weltweit pro Kopf zur Verfügung stehenden produktiven Anteils an der Biosphäre); Bundesrepublik: 5 Globalhektar pro Person. Quelle: WWF: *Living Planet Report 2002*

strukturellen Wandel, sowohl in unserer Lebensweise als auch in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen:

- Ein Wandel unseres Wohlstandsbegriffs und unseres Lebensstils („Gutes Leben“ als primäres Ziel und nicht Waren- und Geldakkumulation)
- Aufhebung der aus der Kolonialzeit stammenden und unter der Regie von WTO, IWF und Weltbank weitergeführten asymmetrischen Wirtschaftsbeziehungen zwischen Nord und Süd, die eine Extraktion von billigen Ressourcen durch die Industrieländer erlauben (strukturelles Dumping)
- Schrumpfung ressourcenintensiver Wirtschaftsbereiche wie etwa der Automobilindustrie
- Abkehr von der Fixierung der Wirtschaftspolitik auf BIP-Wachstum und Definition neuer wirtschaftspolitischer Ziele und der entsprechenden Indikatoren.

Solche Veränderungen erfordern natürlich einen tiefgreifenden Wandel auch in der Beschäftigungspolitik, der Steuerpolitik und den sozialen Sicherungssystemen, deren Finanzierung bislang auf permanentem Wachstum beruht. Von entscheidender Bedeutung, um den Wandel möglich, akzeptabel und nicht nur „sozialverträglich“ sondern gemeinwohlfördernd zu gestalten, wird es sein, eine gerechtere Verteilung des Volkseinkommens zu erzielen und den Trend zur sozialen Schere umzukehren. Arbeitszeitverkürzungen sowie die verstärkte Einbeziehung höherer Einkommen und Vermögen in die Finanzierung der sozialen Sicherung sind hier zu nennen.

2) Der direkte Einstieg von Entwicklungsländern in ressourcenleichte Produktions- und Konsumweisen ist nicht als Entwicklungsbremse zu verstehen, sondern könnte diesen Ländern im Gegenteil mittel- und langfristig wichtige Vorteile gegenüber den heutigen Industrieländern verschaffen, z.B. durch größere Unabhängigkeit von Energie- und Rohstoffimporten, geringere Kosten für die Behebung von Umweltschäden und einen Vorsprung im Bereich zukunftsfähiger Energietechniken. Besonders in der Energiepolitik wäre es für Länder des Südens überaus sinnvoll, beim Aufbau neuer Kapazitäten statt auf fossile Energieträger (wie es derzeit im großen Maßstab in Indien und China geschieht) verstärkt auf erneuerbare Energien zu setzen.

Wirtschaftswachstum als Problem

Von Urs Müller-Plantenberg²⁷

Ein stetiges exponentielles Wirtschaftswachstum ist nicht nur der Traum all derer, die sich in Europa mit den Problemen praktischer Wirtschafts- und Sozialpolitik auseinanderzusetzen haben, seine Möglichkeit ist auch die stille Voraussetzung ihrer Praxis. Wachstum erscheint ihnen nicht, wie manche kritische Stimme behauptet, als Selbstzweck, sondern als die wichtigste, wenn nicht einzige Lösung aller denkbaren Einzelprobleme. Was sie unterscheidet, ist nicht das prinzipielle Interesse an einem kontinuierlich hohen Wachstum, sondern die Vorstellung davon, wie es zu erreichen sei und zu welchen Zwecken es als Mittel eingesetzt werden soll. Nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik zielt ebenso auf dynamisches Wachstum wie angebotsorientierte, nur auf verschiedenen Wegen, die einander entgegengesetzt sind und sogar ausschließen. Die Verteidigung des Wohlfahrtsstaates sucht sich ihre Begründung ebenso in der Verbesserung der Chancen für ein dauerhaftes Wachstum wie der neoliberale Markt fetischismus einer Privatisierung um jeden Preis. Traditionalisten und Modernisierer, ja sogar Fundamentalisten und Realpolitiker streiten sich vor allem darüber, für welche Ziele der gesteigerte und zu steigernde Reichtum eingesetzt werden soll, für eine Verbesserung seiner Verteilung und/oder einen ökologischen Umbau oder für die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit im Rahmen einer globalisierten Weltwirtschaft. Ohne ein stabiles exponentielles Wachstum, so meinen sie alle, seien diese Ziele – und damit auch der Abbau von Arbeitslosigkeit und die Abschaffung von Armut – nicht zu erreichen.

Exponentielles Wachstum auf Dauer ist unmöglich

Dabei lässt sich schon mit den einfachsten Regeln der Mathematik feststellen, dass ein exponentielles Wirtschaftswachstum praktisch nicht dauerhaft möglich ist, weil es im Prinzip unendlich wäre und notwendig irgendwann an die Grenzen unserer endlichen Welt stoßen würde. Die Endlichkeit des Erdballs und der uns umgebenden Natur würden spätestens dort spürbar werden, wo ihre Aufnahmekapazität für die Schadstoffe überschritten ist, die aus der exponentiell wachsenden Produktion erwachsen. Ebenso kann die Regenerationskraft der Natur hinsichtlich der Bereitstellung erneuerbarer Ressourcen nicht als unendlich gedacht werden. Durch Steigerung der Effizienz dieser und der erschöpfbaren Ressourcen oder durch unerschöpfliche Substitute (wie die Sonnenenergie) könnte diese Grenze sicher hinausgeschoben werden, und das Potenzial umwelttechnischen Fortschritts ist in den letzten Jahrzehnten auch eher unterschätzt worden; das ändert aber nichts daran, dass am Ende die Endlichkeit der Natur mit der Unendlichkeit exponentiellen Wirtschaftswachstums nicht zu vereinbaren ist.

Der technische Fortschritt hat seit der Industriellen Revolution zu einer enormen Steigerung der Arbeitsproduktivität geführt. Parallel dazu wird häufig angenommen, dass der umwelttechnische Fortschritt, verstanden im Sinne einer direkten oder indirekten Verminderung des Naturverbrauchs pro Produkteinheit, ebenso rasant gesteigert werden könne. Dabei wird aber übersehen, dass die Steigerung der Arbeitsproduktivität dadurch erreicht wurde, dass sich Arbeit durch Kapital und erhöhten Naturverbrauch immer stärker substituieren ließ. Man mag nun noch so große Hoffnungen auf die "Wissensrevolution" setzen, dass es mit Hilfe des Wissens möglich sein sollte, den Naturverbrauch so zu drosseln, dass dadurch dauerhaftes exponentielles Wirtschaftswachstum möglich würde, ist – in schlechtem Sinne – utopisch (vgl. Priewe 1997:32f).

Eine jährliche Wachstumsrate von vier Prozent, wie sie in den sechziger Jahren in Europa noch alenthalben als dauerhaft möglich angesehen wurde, würde innerhalb von 60 Jahren zu einer Verzehnfachung

²⁷ Dr. Urs Müller-Plantenberg ist Privatdozent für Soziologie am Lateinamerika-Institut und am Institut für Soziologie der Freien Universität Berlin

fachung der Produktion führen, eine Wachstumsrate von zwei Prozent immer noch zu mehr als einer Verdreifachung. Es ist auch bei großem Optimismus kaum vorstellbar, dass trotz allen umwelttechnischen Fortschritts Schadstoffbelastung und Ressourcenverbrauch bei einer solchen Steigerung der Produktion nicht an die von der Natur gesetzten Grenzen stoßen sollten. Es ist aber auch gar nicht einzusehen, dass bei dem schon jetzt existierenden Reichtum in den meisten Ländern Europas ein solches Wachstum nötig wäre, damit die Generationen der Kinder und Enkel in die Lage kommen, die großen ökonomischen und sozialen Probleme ihrer Gesellschaften zu lösen: Reduzierung der öffentlichen Schulden, Armutsbekämpfung, Abbau der Arbeitslosigkeit und Reform der Alterssicherung in einer alternden Gesellschaft.

Noch dramatischer erscheint die Situation, wenn man den Anspruch der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas ernst nimmt, ihren Rückstand der Produktion gegenüber Europa, Nordamerika und Japan aufzuholen. Dazu wären langfristig Wachstumsraten in diesen Ländern erforderlich, die weit oberhalb der genannten vier oder zwei Prozent liegen, Raten, wie sie tatsächlich von den sogenannten "Tigerstaaten" Ostasiens oder auch Chile zeitweilig erreicht wurden. Nimmt man hinzu, dass in den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas die überwiegende Mehrheit der Weltbevölkerung lebt, so wird klar, dass auch bei größtem Optimismus hinsichtlich des umwelttechnischen Fortschritts erwartet werden muss, dass eine Verallgemeinerung solcher Wachstumsraten durch Verknappung der notwendigen Ressourcen an die von der Natur gesetzten Grenzen stoßen wird. Von der hierdurch ausgelösten Schadstoffbelastung ganz zu schweigen.

Sollten die Länder Westeuropas (und die USA und Japan) ein dauerhaftes exponentielles Wirtschaftswachstum mit den aktuellen – im Vergleich zu den sechziger Jahren sogar schon niedrigen – Wachstumsraten durchsetzen können, so wird das notwendig zu einer weiteren Verschärfung der Monopolisierung des Ressourcenverbrauchs führen, der den übrigen Ländern der Welt den Weg in die Zukunft versperrt, und damit weltweite Verteilungskämpfe heraufbeschwören, die schließlich den Weltfrieden bedrohen. Das oft gebrauchte Bild von einem Land oder einer Region als Wachstumslokomotive, die die anderen Länder hinter sich her zieht, ist schon kurzfristig von höchst zweifelhafter Aussagekraft, langfristig führt es geraden Wegs in die Irre.

Exponentielles Wachstum ist dauernd notwendig ...

So leicht es einzusehen ist, dass exponentielles Wachstum auf Dauer unmöglich ist, so schwer ist es offenbar zu verstehen, warum nicht versucht werden sollte, mittelfristig ein Wachstum mit möglichst stabilen Raten anzustreben. In der Tat gibt es Voraussetzungen, unter denen solches Streben sich als geradezu zwingend notwendig erweist. Das sind allerdings Voraussetzungen, die unter der Annahme geschaffen worden sind, dass exponentielles Wachstum langfristig möglich und erreichbar sei. Sie funktionieren nach Art einer self-fulfilling prophecy: Wachstum ist notwendig, weil nur Wachstum die Probleme lösen kann, die entstanden sind, weil Wachstum eingeplant worden ist. Wenn die Rechnung nicht aufgeht, ist die einzige Schlussfolgerung, dass das Bemühen um Wachstum noch mehr gesteigert werden muss, um das zwischenzeitlich verlorene Terrain zurückzugewinnen.

... wegen der öffentlichen Verschuldung,

Am Beispiel der öffentlichen Verschuldung kann das am deutlichsten gezeigt werden. Als innerhalb der Europäischen Union die Mindestkriterien für den Beitritt zum Währungsgebiet des künftigen Euro festgelegt wurden, beschloss man, dass die öffentliche Verschuldung der einzelnen Länder nicht über 60 Prozent ihres Bruttosozialprodukts hinausgehen dürfe. Das war eine Grenze, die von den meisten Beitrittskandidaten gerade so erreicht wurde, von einzelnen Ländern wie Belgien und Italien aber weit überschritten wurde, also gewissermaßen der Normalzustand. Legt man für diese öffentlichen Schulden einen realen Zinssatz von fünf Prozent zu Grunde, so entsprechen die zu zahlenden Zinsen, wie man leicht ausrechnen kann, drei Prozent des Bruttosozialprodukts. Will man nun erreichen, dass dieses Kriterium auch in Zukunft eingehalten wird und dass gleichzeitig die existierende Gestaltungs-

macht der öffentlichen Haushalte erhalten bleibt, so wäre ein Wirtschaftswachstum erforderlich, das diesen Haushalten ermöglicht, zusätzliche Einnahmen in Höhe von drei Prozent des Bruttosozialprodukts zu erzielen, also, wenn die meistens unter 50 Prozent liegende Staatsquote nicht noch steigen soll, ein Wachstum von mindestens sechs Prozent.

Da diese Wachstumsrate in Europa nur noch in seltenen Fällen erreicht wird, gibt es das Mittel der Nettoneuverschuldung. Sie dürfte – nach einem weiteren Kriterium für den Beitritt zum Währungsgebiet des Euro – drei Prozent des Bruttosozialprodukts nicht überschreiten, eine Hürde, die ebenfalls von den meisten beitrittswilligen Ländern nur äußerst knapp genommen wurde. Diese jährlich neu aufgenommenen Schulden würden, wie wir sehen, gerade ausreichen, die öffentlichen Haushalte aus ihrer aktuellen Zwangslage zu befreien, aber um den Preis, dass – ohne ein Wirtschaftswachstum von mindestens fünf Prozent – die Gesamtschuldenlast, gemessen am Bruttosozialprodukt, weiter wächst und der Gestaltungsspielraum der öffentlichen Haushalte noch weiter eingeschränkt wird.

Die Aufnahme von Schulden macht ökonomisch nur Sinn, wenn dem geliehenen Geld Investitionen gegenüberstehen, aus denen Erträge erwartet werden können, die die zu zahlenden Zinsen übersteigen werden. Da aber die Nettoneuverschuldung in der Regel nur genutzt wird, um bestehende Haushaltslöcher zu stopfen, und höchstens darauf geachtet wird, dass ihr irgendwelche Investitionen – unabhängig von dem zu erwartenden Ertrag – gegenüberstehen, ergibt sich eine Schuldenspirale, die gleichzeitig zu einer Einschränkung des Gestaltungsspielraums der öffentlichen Haushalte und zu noch intensiveren Bemühungen um ein hohes Wirtschaftswachstum führt. Beides geht auf Dauer zu Lasten der nachfolgenden Generationen.

Bei diesen Überlegungen wurde ein realer Zinssatz von fünf Prozent für die öffentlichen Schulden zu Grunde gelegt. Hierbei ist klar, dass ein sinkender oder sehr niedriger Zinssatz die Situation der öffentlichen Haushalte stark verbessern und den scheinbaren Zwang zu hohem Wachstum zwecks Schuldendienst zeitweilig aufheben kann. Ein dauerhaft niedriger Zinssatz ist aber wegen der zyklischen Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft undenkbar. So wird es irgendwann zu einer Steigerung des Zinssatzes kommen, die sich in einer überproportionalen Erhöhung der Zinsbelastung für die öffentlichen Haushalte ausdrückt und die Schuldenspirale noch beschleunigt, wenn an einer Lösung der Verschuldungsproblematik durch Wachstum festgehalten wird.

... wegen der Armutsbekämpfung,

Die in Europa weithin übliche Definition von Armut, wonach diejenigen arm sind, deren Einkommen weniger als das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen der Gesellschaft beträgt, gibt für unsere Betrachtung nicht viel her, weil wegen der Relativität dieser Definition danach auch Leute plötzlich als arm gelten könnten, die wegen eines hohen Wachstums des gesamtgesellschaftlichen Reichtums ihr Einkommen gesteigert haben, wenn auch weniger als der Durchschnitt. Diese Definition misst also eher die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums als die wirkliche Entwicklung der Zahl der Armen. Eine andere, häufig verwendete Definition von Armut hält sich statt dessen an relativ objektive Kriterien, etwa wenn als Arme diejenigen definiert werden, deren Einkommen geringer als das Doppelte des Betrages ist, der für einen zum Überleben notwendigen Korb von Lebensmitteln erforderlich ist.

Geht man von einer solchen, objektiven Definition von Armut aus, dann gibt es prinzipiell nur zwei Methoden, die Armut wirksam zu bekämpfen, nämlich entweder Einkommenstransfers von den reicheren Einkommensschichten zu den Armen oder eine Steigerung des Durchschnittseinkommens durch ein Wirtschaftswachstum, an dessen Erträgen auch die Armen teilhaben. Da sich die höheren Einkommensschichten in der Regel direkt nur mit Almosen an der Armutsbekämpfung beteiligen, bleiben für den ersten Weg nur die über den öffentlichen Sektor vermittelten Transfers über die Steuergesetzgebung, Sozialhilfe und alle anderen Formen staatlicher Beihilfe. Das Ausmaß der öffentlichen Ver-

schuldung schränkt allerdings die Möglichkeiten für einen Zuwachs solcher Transfers aus den schon geschilderten Gründen immer stärker ein und forciert sogar ihre Rücknahme. Deshalb erscheint auch für die Armutsbekämpfung als scheinbar beste und günstigste Lösung ein Wirtschaftswachstum, von dem man sich erhofft, dass es auch zu einer Steigerung der niedrigeren Einkommen führt. Ganz in diesem Sinne hat Weltbank-Präsident James Wolfensohn zu Beginn seiner zweiten Amtszeit 1999 erklärt: "Wachstum und Armutsbekämpfung sind zwei Seiten einer Medaille." (die tageszeitung, 2./3. Oktober 1999:10).

Unter der Annahme, dass Wachstum unter den Bedingungen eines freien Marktes kaum etwas an der Einkommensverteilung in einer Gesellschaft ändert²⁸, bedürfte es selbst in den reichen Ländern Westeuropas extrem hoher, in den letzten Jahren kaum erreichter Wachstumsraten, um die existierende Armut etwa in den nächsten zehn Jahren abzubauen. Entsprechend höher müssten die Wachstumsraten in den Schwellenländern Asiens und Lateinamerikas und – noch mehr – in den armen Ländern Afrikas sein.

... wegen der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Die Produktivität der Arbeit wird definiert durch die Menge des Produkts, das während einer bestimmten Arbeitszeit erzeugt wird. Steigt die Arbeitsproduktivität, so wird dieselbe Produktenmenge innerhalb kürzerer Arbeitszeit produziert. Da nun in den europäischen Ländern die Arbeitsproduktivität – wenn auch nach Branchen, Ländern, Perioden unterschiedlich – ständig wächst, bedeutet ein Zurückbleiben der Wachstumsrate hinter der durchschnittlichen Steigerungsrate der Arbeitsproduktivität, dass in der gesamten Gesellschaft immer weniger Arbeitszeit aufgewendet werden muss und tatsächlich aufgewendet wird. Ob diese Verminderung der notwendigen Arbeitszeit durch steigende Arbeitslosigkeit, durch Genehmigung vorzeitigen Ruhestands, durch Teilung von Arbeitsplätzen und vermehrte Teilzeitarbeit, durch Abbau von Überstunden oder durch Verkürzung der Normalarbeitszeit erreicht wird, ist ein Problem, mit dem sich die Tarifpartner, die Regierungen und Parlamente und die einzelnen Beschäftigten auseinandersetzen müssen; in jedem Fall sinkt die Menge der gesamtgesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit.

In den sechziger Jahren, in denen in den meisten westeuropäischen Ländern Vollbeschäftigung herrschte, ist das Problem dadurch gelöst worden, dass die Normalarbeitszeit relativ drastisch verkürzt worden ist. Seit sich dieser Trend verlangsamt hat, ist es in fast allen dieser Länder zu einer chronischen, massiven Arbeitslosigkeit gekommen, weil in den Unternehmen der Abbau von Arbeitskräften in der Regel als die wirksamste Methode galt und gilt, die Arbeitsproduktivität (und die Gewinne) zu steigern. Die langsamere Arbeitszeitverkürzung und die Vermehrung der Teilzeitarbeit haben dann nicht ausgereicht, der steigenden Arbeitslosigkeit Einhalt zu gebieten.

Die wachsende Schere zwischen der Steigerungsrate der durchschnittlichen Arbeitsproduktivität und der Wachstumsrate könnte im Prinzip auf zweierlei Weise geschlossen werden, entweder durch Drosselung des Tempos der Produktivitätssteigerungen oder durch Steigerung des Wirtschaftswachstums. Bei den in Westeuropa – im Weltmaßstab – relativ hohen Löhnen (und Lohnnebenkosten) ist es aber nahezu unmöglich, Unternehmen zu finden, die auf angebotene, technisch mögliche Methoden und Investitionen zur Steigerung der Arbeitsproduktivität verzichtet hätten. So erscheint auch hier ein möglichst hohes Wirtschaftswachstum, dessen Rate der Steigerungsrate der Arbeitsproduktivität ent-

²⁸ Diese Annahme ist realistisch, wie das Beispiel Chiles zeigt. In diesem Land, in dem die Prinzipien neoliberaler Wirtschaftspolitik seit 1973 am längsten und konsequentesten befolgt worden sind, hat es in den neun Jahren zwischen 1987 und 1996 bei jährlichen Wachstumsraten von etwa sechs Prozent so gut wie keine Veränderung der Einkommensverteilung gegeben: Das reichste Zehntel der Bevölkerung war am Anfang wie am Ende der Periode mit 41,3 Prozent am Gesamteinkommen beteiligt, das ärmste Zehntel anfangs mit 1,5 Prozent, am Ende mit 1,4 Prozent. Wegen der hohen Wachstumsrate sank der Anteil der Armen an der Gesamtbevölkerung in dieser Periode von 45 auf 23 Prozent (vgl. MIDEPLAN 1988, 1991, 1993, 1995 und 1997).

spricht, als die scheinbar einzige Lösung für eine wirksame Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. (Darauf hingewiesen zu haben, dass diese Lösung nur scheinbar die einzige ist, ist vor allem auch ein Verdienst von André Gorz 1989). Zum Abbau der schon existierenden Arbeitslosigkeit allein über Wirtschaftswachstum wäre etwa in Deutschland eine Wachstumsrate nötig, die noch weit über der Steigerungsrate der Arbeitsproduktivität läge.

... und wegen der Alterssicherung

Die meisten europäischen Gesellschaften haben den sogenannten “demografischen Übergang” hinter sich gebracht. Das hohe Bevölkerungswachstum, das zunächst durch ein schnelles Sinken der Sterberate erreicht wurde, hat mit dem Sinken auch der Geburtenrate einem sehr langsamen Wachstum, Stillstand oder sogar Rückgang der Bevölkerung Platz gemacht. Schon die Verlängerung der durchschnittlichen Lebensdauer hat – verstärkt noch durch die Auswirkungen der beiden Weltkriege – eine völlig veränderte Alterszusammensetzung der europäischen Gesellschaften bewirkt. Von der früher typischen Alters-“Pyramide” kann zudem überhaupt keine Rede mehr sein, seit immer mehr Menschen in Europa von der Aufzucht von Kindern absehen.

Die Alterssicherung, die früher ein rein interfamiliäres Problem war und erst mit dem Ausbau des Sozialstaats zu einer gesellschaftlichen Aufgabe gemacht wurde, sieht sich durch diese Veränderungen vor quantitativ immer größere Probleme gestellt. Immer weniger Menschen im arbeitsfähigen Alter wird die Sorge für die Alterssicherung von immer mehr alten Menschen aufgebürdet. Die staatlich organisierten Umlageverfahren lassen sich daher nur durch eine relative Anpassung der Lasten und Ansprüche über die Zeit retten. Unter den Wählerinnen und Wählern wächst aber gerade der Anteil der Alten, die einem Zurückschrauben ihrer Ansprüche wachsenden Widerstand entgegensetzen. Dagegen reagieren viele Jüngere auf die wachsenden Lasten, indem sie, wo es möglich ist, aus dem System der Generationensolidarität aussteigen und Möglichkeiten der Alterssicherung bei privaten Versicherungen suchen.

Eine stabile hohe Wachstumsrate erscheint auch hier wieder als das einfachste Mittel, die Probleme zu lösen. Sie würde gestatten, auf eine reale Senkung der Altersrenten zu verzichten, selbst wenn das Rentenniveau – im Vergleich zur Lohnentwicklung – nicht gehalten werden könnte. Und sie würde der jüngeren Generation erlauben, aus höheren Einkommen die Kosten zusätzlich notwendiger privater Altersversicherungen zu finanzieren. Es ist deshalb nur zu verständlich, dass die für die Zukunft der Systeme sozialer Sicherung zuständigen Fachleute voll auf hohe Wachstumsraten als die einzig wirksame Lösung der kommenden Probleme setzen.

Exponentielles Wachstum gibt es gar nicht

Die westeuropäischen Gesellschaften haben also, wie wir sehen, ihre Finanz- und Sozial-Systeme in einer Weise eingerichtet, dass ein dauerhaft hohes, exponentielles Wachstum die Voraussetzung für ihr weiteres Funktionieren ist. Sie zielen damit auf eine Entwicklung, die in unverantwortlicher Weise den Ressourcenverbrauch und die Schadstoffbelastung steigern und damit auf die von der Natur gesetzten Grenzen stoßen würde, erst recht, wenn es den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas gelänge, diese Entwicklung nachzuvollziehen und dabei ihren Rückstand aufzuholen.

Zum Glück für die Gesellschaften, aber zum Unglück für ihre Finanz- und Sozial-Systeme gibt es jedoch dieses exponentielle Wachstum gar nicht, vielmehr ist die Wachstumsrate in den letzten Jahrzehnten stetig, wenn auch mit konjunkturellen Schwankungen, gesunken. Als Beispiel mag die tatsächliche Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in den alten Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland dienen, die in der folgenden Tabelle und dem Schaubild nachgezeichnet werden. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung – ausgedrückt in DM von 1991 – wuchs in den letzten 45 Jahren durchschnittlich jährlich nicht um einen bestimmten Prozentsatz, sondern um eine bestimmte Summe, nämlich um 712 DM (von 1991), und das heißt: linear. Jede Person in Westdeutschland

wurde also im Schnitt pro Jahr um diese Summe reicher. Und dieser Durchschnitt ergibt sich ungefähr auch für jede Konjunkturperiode, egal ob vom jeweiligen Tief zum nächsten Tief oder vom jeweiligen Hoch zum nächsten Hoch gerechnet. Einzig und allein in der Restorationsperiode der fünfziger Jahre lag diese Summe mit über 800 DM (von 1991) geringfügig über dem langfristigen Mittel.

Tabelle: Durchschnittliche jährliche Steigerung des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf zwischen jeweils zwei Wendepunkten des konjunkturellen Zyklus im früheren Bundesgebiet in DM von 1991

Zeitspanne	durchschnittliche Steigerung	
	von Tief zu Tief	von Hoch zu Hoch
1950–1958	804	
	1955–1960	822
1958–1967	666	
	1960–1973	769
1967–1975	760	
	1973–1979	767
1975–1982	669	
	1979–1991	745
1982–1993	700	

Dieses – in Werten und physischer Menge – außerordentlich gleichmäßige Wachstum entsprach Anfang der fünfziger Jahre in Zeiten relativer Armut einer Zuwachsrates von acht Prozent und begründete damit den Mythos vom Wirtschaftswunder, während es zu Beginn der neunziger Jahre bei erheblich gestiegenem Volumen der Produktion nur noch eine Zuwachsrates von etwa 1,7 Prozent ausmacht (vgl. dazu Müller-Plantenberg 1998:332ff, Reuter 1998:36ff und Afheldt 1994:20ff). Dieses lineare Wachstum mit sinkender Wachstumsrate ist nicht etwa eine Sonderentwicklung der Bundesrepublik Deutschland, sondern für westeuropäische Industriegesellschaften charakteristisch (vgl. die Daten zu Frankreich und Großbritannien bei Afheldt 1994:243f).

Die Vorstellung einer – von konjunkturellen Schwankungen abgesehen – konstanten Wachstumsrate war nach dem Zweiten Weltkrieg in Westeuropa in der ökonomischen Theorie und der wirtschaftspolitischen Praxis so beherrschend, dass man sich durch die von Konjunktur zu Konjunktur zurückgehenden Wachstumsraten jeweils allenfalls dazu hat hinreißen lassen, von nun an die etwas niedrigeren Wachstumsraten der letzten Periode als nunmehr realistische Rate in die Zukunft zu extrapolieren und die Finanz und Sozial-Systeme daran auszurichten.

Selbst ein so kritischer Wissenschaftler wie der ungarische Ökonom Franz Jánossy (1966), der die hohen Wachstumsraten im Europa der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg – die sogenannten “Wirtschaftswunder” – als typische Phänomene von Restorationsperioden analysiert hat, war sich sicher, dass die wirtschaftliche Entwicklung auf der Basis des technischen Fortschritts einerseits und der Trägheit der Qualifikationsstruktur der Arbeitskraft andererseits notwendig auf eine Trendlinie dauerhaften, wenn auch niedrigeren exponentiellen Wachstums einmünden müsse.

Für die Keynesianer unter den Wirtschaftspolitikern hatte diese Sichtweise den zusätzlichen Effekt, dass in der Mehrzahl der Jahre die Wachstumsrate als unterdurchschnittlich gelten musste und deshalb eine durch staatliche Schulden finanzierte Nachfragesteigerung rechtfertigen konnte, was nicht unerheblich zur steigenden öffentlichen Verschuldung beigetragen hat.

Um die existierende Arbeitslosigkeit über Wirtschaftswachstum auch nur allmählich abzubauen und das System sozialer Sicherung auf diesem Wege wenigstens für einige Zeit zu stabilisieren, wäre, wie

man leicht nachrechnen kann, für einen Zeitraum von zehn Jahren eine Verdoppelung der gegenwärtigen Wachstumsraten und damit langfristig ein Trend erforderlich, wie ihn die ökonomisch so ungeheuer erfolgreiche Bundesrepublik Deutschland auch in den Zeiten blühender Hochkonjunktur nie erlebt hat, nämlich weit oberhalb des bisherigen Trends. Eine solche Entwicklung in Fahrt zu bringen, wäre nicht nur ökologisch sehr bedenklich, sondern auch praktisch unmöglich. Dass es so schwer ist, die Erkenntnis dieser Tatsache in der finanz-, wirtschafts- und sozialpolitischen Praxis zum Ausgangspunkt zu machen, liegt daran, dass alle Alternativen mit Opfern verbunden und deshalb politisch schwer zu verkaufen sind.

Schon Karl Marx hat geschrieben, dass selbst "eine ganze Gesellschaft, eine Nation, ja alle gleichzeitigen Gesellschaften zusammengenommen, ... nicht Eigentümer der Erde (sind). Sie sind nur ihre Besitzer, ihre Nutznießer, und haben sie als boni patres familias den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen." (1964:784). Der Begriff der nachhaltigen Entwicklung, wie er heute gebraucht wird, verlangt nicht einmal eine solche Verbesserung, sondern beschränkt sich auf die Forderung, dass die Situation der nachfolgenden Generationen wenigstens nicht verschlechtert wird. Aber schon nachhaltige Entwicklung in diesem Sinne ist mit der wachstumseuphorischen Klammerung an imaginäre Zuwachsraten völlig unvereinbar. Diese verschärft die Probleme und bürdet ihre – dann umso schwerere – Lösung den kommenden Generationen auf, die heute noch kein Stimmrecht haben.

Auch lineares Wachstum birgt auf Dauer Probleme

Wenn das Bruttoinlandsprodukt eines Landes linear und nicht exponentiell ansteigt, führt das im Prinzip natürlich auch ins Unendliche und damit an die von der Natur gesetzten Grenzen, allerdings wesentlich langsamer und so, dass die Menschheit sich auf die Lösung der damit verbundenen Probleme wesentlich gründlicher vorbereiten kann. Extrapoliert man den linearen Zuwachs der Produktion in der Bundesrepublik Deutschland in die Zukunft, so würde von heute an in sechzig Jahren eine Verdoppelung und nicht eine Verdreifachung oder gar Verzehnfachung wie bei konstanten Wachstumsraten von zwei bzw. vier Prozent stattfinden. Das ist bedeutend weniger, wenn auch bei dem schon heute erreichten gesellschaftlichen Reichtum immer noch sehr viel. Eine Politik, die nicht mehr auf Wachstum um jeden Preis zielen würde, sondern sich auf den real existierenden, relativ niedrigen Zuwachs einstellen würde, könnte auch mehr Zeit und Kraft darauf verwenden, das Wachstum des Sozialprodukts von einer Zunahme des Ressourcenverbrauchs und der Schadstoffemissionen zu entkoppeln, wie das in der ökologischen Diskussion für möglich gehalten wird (vgl. Priewe 1998:33). Wie hoch man aber auch immer die segensreichen Wirkungen der "Wissensgesellschaft" und des Strukturwandels von der Industrie zum Dienstleistungssektor einschätzen mag, die Vorstellung, dass andauerndes Wachstum des Sozialprodukts eines Tages mit einem Rückgang der materiellen Produktion Hand in Hand gehen könnte, ist nicht nachzuvollziehen.

Politische Verantwortung würde heute gebieten, die Finanz- und Sozial-Systeme so zu gestalten, dass sie auch bei sinkenden Wachstumsraten oder sogar ohne Wachstum funktionieren können. Ein Blick auf die sich stellenden Aufgaben zeigt allerdings, wie schwierig und unpopulär diese Vorhaben zwangsläufig sind.

Verzichtet man auf Wachstum als Lösung aller Probleme, dann . . .

. . . ist das Problem der öffentlichen Überschuldung nur durch drastische Einsparungen in den öffentlichen Haushalten zu lösen,

. . . kann die Armutsbekämpfung nur durch – direkte oder indirekte – reale Transfers von den Reichen zu den ärmeren Schichten der Gesellschaft erreicht werden,

- . . . kann das Problem der Arbeitslosigkeit nur durch Umverteilung der Arbeit einschließlich massiver Arbeitszeitverkürzung überwunden werden und
- . . . muss die heute ältere Generation zur dauerhaften Sicherung der Rentensysteme durch eine relative Senkung ihrer Ansprüche beitragen.

Wären diese Probleme schon seit den siebziger Jahren systematisch angepackt worden, würden sie heute nicht als fast schon unlösbar erscheinen. Schiebt man sie jetzt noch weiter vor sich her, so finden sie ihre eigene Lösung langsam aber sicher in der Form von inflationären (oder bisweilen auch deflationären) Prozessen, die sich endlich in Katastrophen entladen: Staatsbankrott, Massenarmut, Massenarbeitslosigkeit, Rentenschwund. Wo Gefahr ist, wächst das Rettende auch, heißt es bei Hölderlin. Soviel ist klar: Das Rettende kann nicht im Wachstum liegen, sondern nur darin, dass sich Ökonomie, Politik und Gesellschaft besinnen, die Wirklichkeit wahrnehmen und in Vernunft üben.

Literatur

Horst Afheldt, Wohlstand für niemand? Die Marktwirtschaft entläßt ihre Kinder, München 1994

André Gorz, Kritik der ökonomischen Vernunft, Berlin 1989

Franz Jánossy, Das Ende der Wirtschaftswunder, Frankfurt am Main 1966

Karl Marx, Das Kapital, Band 3, Marx-Engels-Werke Band 25, Berlin 1964

MIDEPLAN (Ministerio de Planificación y Cooperación) (1988, 1991, 1993, 1995, 1997), Encuestas de Caracterización Socioeconómica Nacional (CASEN), Santiago de Chile

Urs Müller-Plantenberg, Zukunftsverbrauch, in: Michael Heinrich und Dirk Messner (Hrsg.), Globalisierung und Perspektiven linker Politik, Festschrift für Elmar Altvater, Münster 1998, auch in: Kommune, Heft 9, September 1998

Jan Prieue, Leitplanken statt Schranken, in: Politische Ökologie, Sonderheft 11: Wege aus der Wachstumsfalle, 16. Jahrgang, Januar/Februar 1998

Norbert Reuter, Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität, Wirtschaftspolitische Leitbilder zwischen Gestern und Morgen, Marburg 1998